

vom Ratsbüro genehmigt
am: 3. Juli 2000
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der **9.** Sitzung
vom Dienstag, 20. Juni 2000
17.00 - 20.35 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Susanne Günter (FDP)
Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
Stimmzählerinnen: Verena Bucher (SP) und Gertrud Walch (SVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 45 Mitglieder
4 Stadträte

Entschuldigt : Hansueli Alder (OeBS)
Diana Ceppi (JPS)
Hans Ith (SVP)
Thomas Neukomm (SP)
Stadtrat Werner Widmer

Zu Beginn der Sitzung: Jakob Deppe (FDP)
Christian Hablützel (SP)
Hans Peter Huber (SVP)

Am Schluss der Sitzung: Bernhard Egli (OeBS)

- Traktanden:**
- 1. VdSR vom 9. Mai 2000 - Abgabe der städt. Parzelle
GB Nr. 8564 "Merishausertal" von 1'941 m²,
im Baurecht an die Firma Leu-Rüsi & Co., 8200 SH Seite 289**
 - 2. VdSR vom 9. Mai 2000 - Baurecht GB Nr. 10'314 auf
GB Nr. 1708 von Rolf von Burg, 8200 SH - Vertrags-
änderung durch Flächenreduktion und Neubegründ.
für die Ehegatten R. + P. Unternährer-Marini, 8200 SH Seite 291**
 - 3. VdSR vom 9. Mai 2000 - Abgabe einer Teilfläche der
städt. Parz. GB Nr. 8361 "Merishausertal", von 980 m²
im Baurecht an Frau Antonia Somm, 8200 SH Seite 292**
 - 4. Jahresrechnung 1999 der Einwohnergemeinde SH
Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV - (Jahresbericht 1999)
Geschäftsbericht 1999 des Stadtrates z.K. Seite 294**

PENDENTE GESCHÄFTE

- VdSR vom 29. Juni 1999 - Sportstadion Breite, Varianten Sanierung/Neubau SPK
- Vorlage des Büros des GrSR vom 7. Dez. 1999 - Erarbeitung eines Pflichtenheftes für Baukommissionen und allenfalls einer ständigen Bau-Fachkomm. SPK
- VdSR vom 7. März 2000 - Reorganisation Baureferat; Anpassung Stellenplan SPK
- VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer "Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle SPK
- VdSR vom 4. April 2000 - Bericht über die hängigen Motionen GPK
- INTERPELLATION Christian Hablützel (SP) vom 22. Mai 2000 - Nachhaltige Wasserwirtschaft
- VdSR vom 16. Mai 00 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH
- INTERPELLATION Max Zimmermann (parteilos) vom 6. Juni 2000 - Informatik an den städtischen Schulen
- MOTION Dr. Raphaël Rohner (FDP) vom 6. Juni 2000 - Einführung des "Postulats"
- INTERPELLATION von Peter Möller (GB) vom 13. Juni 2000 - Wahrheitsgehalt von Interpellationsbeantwortungen
- INTERPELLATION von Roland Schöttle (FDP) vom 20. Juni 2000 - Mutwillige Verschmutzung öffentlicher Bauwerke und techn. Anlagen, sowie privater Liegenschaften
- INTERPELLATION von Peter Käppler (SP) vom 20. Juni 2000 - Personalsituation bei der Stadt Schaffhausen

Kleine Anfragen von

Peter Möller (GB): Wem gehört "schaffhausen"?	31.5.00	Lauf-Nr. 5/2000
Jakob Deppe (FDP): Flickwerk Bahnhofstrasse	14.6.00	Lauf-Nr. 6/2000

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 VdSR vom 9. Mai 2000 - Abgabe der städt. Parzelle
GB Nr. 8564 "Merishausertal" von 1'941 m2,
im Baurecht an die Firma Leu-Rüsi & Co., 8200 SH**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage mit **42 : 0 Stimmen** zu und heisst den Antrag des SR wie folgt gut:

"Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe des Grundstückes GB Nr. 8564 "Merishausertal", von 1'941 m2 im Baurecht an die Firma Leu - Rüsi & Co., 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 9. Mai 2000 genannten Bedingungen zu."

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR vom 9. Mai 2000 - Baurecht GB Nr. 10'314 auf
GB Nr. 1708 von Rolf von Burg, 8200 SH - Vertrags-
änderung durch Flächenreduktion und Neubegründ.
für die Ehegatten R. + P. Unternährer-Marini, 8200 SH**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage mit **43 : 0 Stimmen** zu und heisst den Antrag des SR wie folgt gut:

"Der Grosse Stadtrat stimmt der Flächenreduktion des Baurechts GB Nr. 10'314 auf GB Nr. 1708 von Rolf von Burg, Gartenstrasse 7, 8200 SH, und der Neubegründung für die Ehegatten Rosanna + Peter Unternährer - Marini, Gartenstrasse 11, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 9. Mai 2000 genannten Bedingungen zu."

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 VdSR vom 9. Mai 2000 - Abgabe einer Teilfläche der
städt. Parz. GB Nr. 8361 "Merishausertal", von 980 m2
im Baurecht an Frau Antonia Somm, 8200 SH**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage mit **41 : 1 Stimmen** zu und heisst den Antrag des SR wie folgt gut:

"Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche des Grundstückes GB Nr. 8361 "Merishausertal" von 980 m2 im Baurecht an Frau Antonia Somm, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 9. Mai 2000 genannten Bedingungen zu."

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 4 Jahresrechnung 1999 der Einwohnergemeinde SH
Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV - (Jahresbericht 1999)
Geschäftsbericht 1999 des Stadtrates z.K.**

Der Grosse Stadtrat genehmigt den **Jahresbericht 1999 "Leistungsauftrag der 5 Pilotabteilungen der Stadt Schaffhausen"** sowie den Austausch der Seite 27 im Leistungsauftrag Jahresbericht 1999 "Finanzdaten Abteilung Steuerverwaltung".

Die Raumkosten sind korrekt mit Fr. 95'000.-- einzusetzen, was neu zu folgenden Beträgen führt:

Abteilungsergebnis zu Vollkosten	"Voranschlag"	Fr. - 1'037'300
	"Rechnung"	Fr. - 1'029'965

Produktgruppen

01 Steuern natürliche Personen	"Voranschlag"	Fr. - 1'162'700
	"Rechnung"	Fr. - 997'407

02 Grundstückgewinnsteuer	"Voranschlag"	Fr. - 174'200
	"Rechnung"	Fr. - 187'067

03 Steuerinkasso	"Voranschlag"	Fr.	530'200
	"Rechnung"	Fr.	527'526
04 Steuerauskünfte	"Voranschlag"	Fr. -	230'600
	"Rechnung"	Fr. -	373'017

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des SR auf Seite XXVI der gedruckten **Rechnung 1999** mit **39 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung** wie folgt gut:

Die vorliegende Jahresrechnung 1999 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Der Grosse Stadtrat nimmt vom **Geschäftsbericht 1999** des Stadtrates Kenntnis.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Susanne Günter eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte sowie der VertreterInnen der Medien.

Mitteilungen:

NEU EINGEGANGENE GESCHÄFTE SEIT DER LETZTEN SITZUNG:

- ***INTERPELLATION von Peter Möller (GB) vom 13. Juni 2000 - Wahrheitsgehalt von Interpellationsbeantwortungen***
- ***INTERPELLATION von Roland Schöttle (FDP) vom 20. Juni 2000 - Mutwillige Verschmutzung öffentlicher Bauwerke und techn. Anlagen, sowie privater Liegenschaften***
- ***INTERPELLATION von Peter Käppler (SP) vom 20. Juni 2000 - Personalsituation bei der Stadt Schaffhausen***

Diese Vorstösse werden auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.

Kleine Anfrage von Jakob Deppe (FDP): Flickwerk Bahnhofstrasse 14.6.00 Lauf-Nr. 6/2000

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 8 vom 6. Juni 2000 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 VdSR vom 9. Mai 2000 - Abgabe der städt. Parzelle
GB Nr. 8564 "Merishausertal" von 1'941 m2,
im Baurecht an die Firma Leu-Rüsi & Co., 8200 SH**

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Ernst Spengler (SVP) Sprecher der GPK *

"Die Firma Leu-Rüsi & Co. ist ein relativ junges, expandierendes Bauunternehmen mit Sitz in Schaffhausen und Hemmental. Es zählt heute zu den grösseren Unternehmen auf dem Platz Schaffhausen. Derzeit hat sie sich noch in der Liegenschaft der ehemaligen Grimm Hoch- und Tiefbau AG eingemietet. Da bekanntlich die Stadt dieses Objekt kürzlich erworben hat und für eigene Zwecke benötigt, wurde das Mietverhältnis gekündigt. Darauf hin machte das Baureferat die Firma Leu auf die vorhandenen Baurechtsparzellen im Merishausertal aufmerksam. Nach eingehender Prüfung erwies sich das Grundstück GB Nr. 8564 mit einer Fläche von 1941 m2 als ideal. Erstellt werden soll eine reine Lagerhalle ohne Wohnung und Büro. Der Landwert von Fr. 120.-- je m2 entspricht dem Preis, der in diesem Teil der Gewerbezone im freien Handel erzielt wurde. Die übrigen Bestimmungen des Baurechtsvertrages sind die üblichen.

Die GPK hat dem Geschäft nach kurzer Diskussion einstimmig bei einer Abwesenheit zugestimmt und beantragt dem Rat, dasselbe zu tun."

Ernst Spengler (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU sowie FDP/CVP *

"Die Fraktionsgemeinschaften FDP/CVP sowie SVP/EDU werden diesem Geschäft zustimmen.

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Es ist sehr erfreulich, dass sich eine regionale Baufirma an verkehrstechnisch optimaler Lage mit einem Lagergebäude definitiv ansiedeln will. Erfreulich ist auch, dass die städtische Liegenschaftsverwaltung nach der Übernahme der ehemaligen Grimm-Liegenschaft schnell handeln konnte und der jetzt dort eingemieteten Firma Leu in unmittelbarer Nähe ein Baurechtsgrundstück angeboten hat. So stellen wir uns offensive städtische Liegenschaftspolitik vor. Damit ist bereits gesagt, dass wir dieser Vorlage selbstverständlich zustimmen werden, was auch für die beiden nächsten Geschäfte gilt.

Eine Bemerkung erlaube ich mir aber noch anzubringen; ich habe das bereits in der GPK getan. Da wir selbstverständlich nicht Baubewilligungsbehörde sind und auch nicht spielen sollten, bleibt uns nur die Bitte an den Stadtrat, auf Baurechts-Grundstücken bereits während der Vertragsverhandlungen auf die Einhaltung minimaler ästhetischer und ökologischer Anforderungen zu bestehen. Ich habe bereits vor ca. vier Jahren im Zusammenhang mit dem Baurecht an die Firma PanGas Folgendes ausgeführt:

«Da die Wirtschaftsförderung zwar ein wichtiges, nicht aber das einzige Kriterium städtischer Landpolitik sein kann, erwarten wir vom Stadtrat und den Baubewilligungsbehörden, dass sie für Bauvorhaben auf städtischem Land hinsichtlich gestalterischer und ökologischer Qualitäten strenge Massstäbe ansetzen.

Den Baurechtsinteressenten müssten diese Anliegen möglichst frühzeitig unterbreitet werden, gleichzeitig könnte ja auch Hilfestellung, z.B. durch das Hochbauamt oder die ETAWATT, angeboten werden."

Da Gewerbezone vielfach gerade durch die verkehrstechnisch günstige Lage eigentliche Visitenkarten der Stadt sind und auch im Vorbeifahren wahrgenommen werden, kann der Hinweis, es handle sich um reine Zweckbauten, nicht genügen. Der ästhetischen "Verslumung" muss entgegen gewirkt werden, und da sind wir eben der Meinung, hätte die Stadt auf eigenem Land mehr Einflussmöglichkeit als auf privaten Grundstücken, wo sie nur als Bewilligungsinstanz auftritt. Die Planskizze, welche der Vorlage beiliegt, lässt leider jede Sensibilität bezüglich Gestaltung, Proportionen, Einfügen in die bauliche und landschaftliche Umgebung usw. vermissen. Diese Minimalanforderungen sind jedoch als Grundsatz im Artikel 10 der Bauordnung festgeschrieben und gelten deshalb für alle Zonen, Gewerbebauten sind also nicht ausgenommen. Der Hinweis betreffend Bedachungsmaterial lässt zudem vermuten, dass auch den ökologischen Anforderungen kein besonderer Stellenwert beigemessen wird.

Das heute als 3. Geschäft traktandiertere Baurecht an Frau Somm, im gleichen Gewerbegebiet und in Sichtdistanz liegend, erfüllt dagegen alle Anforderungen in idealer Weise. Natürlich ist ein Ateliergebäude bezüglich Grösse und Nutzung nur bedingt mit einer Lagerhalle für Baumaterialien vergleichbar. Wir erwarten aber auch nicht in jedem Fall das Maximum, gelegentlich sind wir auch mit dem Optimum zufrieden. Aber darauf müsste der Stadtrat zumindest hinwirken.

Da diese kritischen Bemerkungen mit der Baurechtsvergabe an sich direkt nichts zu tun haben, wird die SP-Fraktion wie gesagt auf die Vorlage eintreten und dieser auch zustimmen."

Stadtrat Kurt Schönberger

Stellungnahme des SR

"Ich möchte mich vorerst dafür bedanken, dass sowohl die GPK als auch dieser Rat sich sehr um eine speditive Behandlung dieser drei Baurechtsgeschäfte bemühen. Das stärkt unseren Wirtschaftsstandort Schaffhausen, damit können wir ein sehr positives Signal aussenden.

Zur Anregung von Andres Bächtold ist zu sagen, dass bis jetzt noch nie im Zusammenhang mit der Vergabe von Baurechten über ästhetische Grundsätze und ökologische Anliegen Rechenschaft abgelegt werden musste. Aber wir nehmen diese Anregung ernst. Wir geben den Baurechtsinteressenten rechtzeitig unsere diesbezüglichen Konditionen bekannt. Sie wissen, unsere Messlatte ist sehr hoch. Wir bemühen uns, diesen von A. Bächtold genannten Kriterien nachzuleben."

EINTRETEN auf die Vorlage ist unbestritten.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 3 der Vorlage.

Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

ANTRAG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest den Antrag auf Seite 3 der Vorlage.

"Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe des Grundstückes GB Nr. 8564 "Merishausertal", von 1'941 m² im Baurecht an die Firma Leu - Rüsi & Co., 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 9. Mai 2000 genannten Bedingungen zu."

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage mit **42 : 0 Stimmen** zu und heisst den Antrag des SR gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR vom 9. Mai 2000 - Baurecht GB Nr. 10'314 auf GB Nr. 1708 von Rolf von Burg, 8200 SH - Vertragsänderung durch Flächenreduktion und Neubegründ. für die Ehegatten R. + P. Unternährer-Marini, 8200 SH

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Thomas Hauser (FDP) Sprecher der GPK *

"Wie Sie der Vorlage entnehmen können, schloss die Stadt mit Herrn Rolf von Burg am 31. Mai 1996 einen Baurechtsvertrag an der Gartenstrasse ab. Der abgeschlossene Vertrag umfasste eine Fläche von 1215 Quadratmetern. Nun tritt Herr von Burg eine Fläche von 410 Quadratmetern an R. + P. Unternährer - Marini ab. Deshalb werden eine Neubegründung des Baurechtes für die abgetretene Fläche - und ein Nachtrag zum Baurechtsvertrag von Rolf von Burg zur Reduktion der Baurechtsfläche nötig. Bausekretär Albert Tanner stellte diese einfache Vorlage der GPK vor. Ohne Fragen zu stellen oder etwas zu diskutieren, stimmte die GPK dieser Vorlage mit 6 zu 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, zu. So bitte ich Sie im Namen der GPK, diese Vorlage zu unterstützen."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP sowie SVP/EDU *

"Die Fraktionsgemeinschaften der FDP/CVP sowie der SVP/EDU werden dem Antrag des Stadtrates zustimmen."

Angesichts der Unbestrittenheit dieser Vorlage verzichten die übrigen Fraktionen und der SR auf eine Wortmeldung.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 2 der Vorlage.

Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

ANTRAG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest den Antrag auf Seite 2 der Vorlage.

"Der Grosse Stadtrat stimmt der Flächenreduktion des Baurechts GB Nr. 10'314 auf GB Nr. 1708 von Rolf von Burg, Gartenstrasse 7, 8200 SH, und der Neubegründung für die Ehegatten Rosanna + Peter Unternährer - Marini, Gartenstrasse 11, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 9. Mai 2000 genannten Bedingungen zu."

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage mit **43 : 0 Stimmen** zu und heisst den Antrag des SR gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR vom 9. Mai 2000 - Abgabe einer Teilfläche der städt. Parz. GB Nr. 8361 "Merishausertal", von 980 m2 im Baurecht an Frau Antonia Somm, 8200 SH

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Iren Eichenberger (OeBS) Sprecherin der GPK *

"Mit der städtischen Parzelle GB Nr. 8361 im Merishausertal haben wir uns in diesem Rat bereits vor 3 Jahren beschäftigt. Damals wurden auf diesem Grundstück die beiden Baurechte Beat Künzler und F+P Maschinenbau AG vergeben. Eine dazwischen liegende Restfläche von 980 m2 war für einen Unternehmer vorgesehen, der sein Interesse später zurück zog.

Nachdem auch mit zwei weiteren Interessenten kein Handel zustande kam, liegt nun ein Baurechtsgesuch von Frau Antonia Somm vor. Als Kursleiterin für Yoga, Meditation und Tai Ji hat sie im Merishausertal bereits mehrere Kurse im Atelier des Bildhauers Beat Künzler durchgeführt und dabei die Vorzüge dieses Ortes für sich entdeckt. Frau Somm plant nun auf der genannten Restparzelle einen zweigeschossigen Bau mit Praxis, Gruppenraum und Wohnungen zu errichten. Das Problem möglicher Immissionen in der Gewerbezone wurde seitens der Stadt angesprochen. Die Interessentin erwartet jedoch keine Schwierigkeiten, da ihre Kurse ausserhalb der üblichen Arbeitszeiten stattfinden.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 3 der Vorlage.

Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

ANTRAG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest den Antrag auf Seite 3 der Vorlage.

"Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche des Grundstückes GB Nr. 8361 "Merishausertal" von 980 m² im Baurecht an Frau Antonia Somm, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 9. Mai 2000 genannten Bedingungen zu."

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage mit **41 : 1 Stimmen** zu und heisst den Antrag des SR gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 4 Jahresrechnung 1999 der Einwohnergemeinde SH
Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV - (Jahresbericht 1999)
Geschäftsbericht 1999 des Stadtrates z.K.**

EINTRETENSDEBATTE

Das Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Esther Bänziger (SP) Präsidentin der GPK *

"Wir sagen ja immer: was soll's, das Geld ist ohnehin schon ausgegeben, schauen wir in die Zukunft, beziehungsweise das Budget wieder genau an!

So einfach kann ich es mir als GPK-Präsidentin natürlich nicht machen. Ehrlich gesagt finde ich es auch spannend, zu erfahren, ob genau budgetiert wurde, ob das Geld ausreichte, wie die finanzielle Situation aussieht, wie gewirtschaftet wurde. Gerade in Zeiten, in denen wir Gemeinden nicht im Ueberfluss schwimmen, ist es oft ein Kunststück, Stellen zu finden, wo ohne Not gespart werden kann, aber im Auge zu behalten, wo das Sparen zu sehr schmerzt. Man kann sich auch zu Tode sparen, wird manchmal moniert --- und das darf wohl nicht unser Ziel sein. Hier, wie in andern Belangen, ist es das Bemühen, immer wieder die Balance zu finden oder zu halten.

Die vor Ihnen liegende Jahresrechnung ist das Resultat des Budgets 99 - und beides wurde nun unter Federführung der Finanzreferentin Veronika Heller ausgearbeitet.

Es ist also sozusagen ihr erstes ganzheitliches Werk! Aber auch sie kann natürlich nicht einfach schalten und walten; (zu) vieles ist bereits vorgegeben (denken Sie an die Steuereinnahmen, Abgaben an Kanton und Bund), und daher wenig bis nicht beeinflussbar. Je nach persönlicher und politischer Gewichtung können vielleicht Prioritäten eher hier als dort gesetzt werden. Gerade da wird es interessant, in diesem, wenn auch marginalen Bereich, kann gestaltet, das Gleichgewicht leicht beeinflusst werden - immerhin!

Am 12.4.00 war es dann soweit: der Schleier wurde gelüftet, die Pressekonferenz zur Rechnung 99 ging über die Bühne, was am andern Tag die "az" zum Titel: "Der Stadt geht es gut" verleitete. Die "SN" nahmen es etwas pragmatischer und schrieben: "Nicht nur schwarze Zahlen in der Stadt".

Wir von der GPK liessen uns so zu sagen uninformatiert, nämlich am Tag der Pressekonferenz, die Rechnung 99 erläutern und nahmen das wiederum bessere Ergebnis angenehm überrascht zur Kenntnis.

Unsere Knochenarbeit beginnt immer erst nachher. Eintreten auf die Rechnung ist wirklich Formsache, es ist also nicht unseriös, wenn wir noch nichts oder erst wenig wissen. Mit 5 : 0 Stimmen, bei 2 Abwesenheiten, traten wir auf die Rechnung 99 ein. Diesmal haben wir ja zusätzlich einen echten Primeur zu vermelden: erstmals liegen nun von den 5 Pilotabteilungen WOV die Jahresberichte - es wird in diesem Zusammenhang nicht von Rechnung gesprochen - zu den Globalbudgets vor!

Sonst ist ein Primeur in der Regel etwas "Berausches". Für uns bedeutete es ehrlich gesagt sehr viel Zusatzarbeit, worauf ich noch zu sprechen kommen werde. Nur so viel sei verraten, berauschend war es eher weniger. Wir jedenfalls blieben nüchtern bis ernüchtert!

Ich gehe also zuerst auf die sogenannte Jahresrechnung 99 ein, und anschliessend auf das Thema WOV. Wir 7 "GPK-ler" ackerten also während der sogenannten Frühjahrsferien im Einzelkämpfertum das dicke Buch durch, um dann am 3. Mai in je zwei Gruppen die Fragenkataloge an die Verwaltung zu erstellen. Am 17. Mai war die erste Runde mit Veronika Heller, Fredi Stamm (FiKo) und Johanna Theiler (ZV) angesagt. Während einer langen Sitzung konnten 70 der 100 Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet und abgehakt werden. Das ist insbesondere dem immensen Einsatz von Johanna Theiler zu verdanken!

Die verbleibenden 30 Positionen gingen an die einzelnen Referate zurück und wurden uns in der Folge am 31.5. von den entsprechenden Referenten ebenfalls vollumfänglich beantwortet. Auch erhalten wir immer problemlos sämtliche Unterlagen, die wir zusätzlich wünschen, z.T. sogar unangefordert, weil wir unterdessen ein gut eingespieltes Team sind und bekannt ist, wo wir jeweils noch detailliertere Angaben verlangen.

Und so sehen jetzt also die Zahlen aus: Statt des budgetierten Defizits von rund Fr. 1,8 Mio resultiert ein Ueberschuss von knapp Fr. 640'000.--. Leider, und das müssen wir momentan glasklar sehen, nicht, weil die Stadt Schaffhausen, wie das andernorts unterdessen der Fall ist, beachtlich höhere Steuereinnahmen zu verzeichnen hätte - diese waren etwas höher als im Budget 99, aber "nur" um Fr. 54'000.-- -, sondern weil im Personalbereich nochmals mehr als geplant gespart werden konnte, und v.a. dank einer Bundessubvention für die Arbeitslosenprogramme von Fr. 1,2 Mio! Bei diesen Subventionen wissen wir nie genau, wann sie eintreffen; darum wirken sie dann wie ein Geschenk.

Wir SchaffhauserInnen haben also 1999 Fr. 172'219'722.05 eingenommen und Fr. 171'581'058.08 ausgegeben. Zur Erinnerung: Mitte der 90-er Jahre haben wir rund 180 Mio. eingenommen beziehungsweise ausgegeben --- wir haben also noch lange nicht aufgeholt, was wir auch schon hatten!

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt besser als auch schon, nämlich bei 58% -- aber alles, was unter 100% ist heisst, dass wir uns wieder neu verschulden müssen! Die Zinsbelastungsquote ist dementsprechend hoch - 1,63% -, was sich jetzt bei steigenden Zinsen besonders schmerzlich bemerkbar macht.

Darum ist die ungedeckte Schuld unterdessen auf Fr. 68,3 Mio angewachsen, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von über Fr. 2000.-- entspricht. Der gesamte Finanzierungsfehlbetrag belief sich somit auf Fr. 7,12 Mio.

Zum Glück konnten dank des besseren Jahresabschlusses wenigstens die Abschreibungen in der vorgeschriebenen Höhe vorgenommen werden; 10,4% beträgt die Quote.

Die Bruttoinvestitionen beliefen sich auf Fr. 25,1 Mio, bereits um 1/6 tiefer als 1998. Hier darf man aber anfügen, dass sich die Stadt während der Rezessionsjahre antizyklisch verhalten hat und nun, wo es der Wirtschaft wieder besser geht, sich ruhig etwas "zurücklehnen" darf. Wer alle Bauvorhaben ständig mit verfolgt, weiss auch, dass in den letzten Jahren viel gemacht wurde. In den kommenden Jahren wird v.a. die ARA Röti hoch zu Buche schlagen, die Kanalisation will und soll natürlich ebenfalls laufend gewartet sein, es warten die Schulhauserweiterung Breite, das Lehrschwimmbecken, die polisportive Halle, Musikschule, etc., und manches Gebäude, das dringend besser unterhalten werden müsste! Jedenfalls besteht überhaupt kein Grund zur Euphorie!

Es ist erfreulich, dass die Rechnung 99 über Erwarten positiv abschliesst. Im übrigen müssen wir die Entwicklung äusserst gründlich verfolgen und uns sehr genau überlegen, wie und wo wir die Prioritäten setzen.

Unterdessen ist ja auch wieder ein Finanzplan bis zum Jahr 2003 erstellt worden. Und der sieht leider nicht sehr optimistisch aus! Alle wichtigen Kennzahlen zeigen nämlich nach unten! Der viel gerühmte Aufschwung hat sich eben in Schaffhausen, wie erwähnt, bis heute nicht merklich niedergeschlagen. Deshalb wird unsere Finanzreferentin erneut Vorschläge für Sparmassnahmen präsentieren müssen. Auf diese sind wir selbstverständlich enorm gespannt. Bis heute liess sie sich dazu gar nichts entlocken. Wir wissen einfach, dass sich der Stadtrat dieses Jahr bereits zweimal in Klausur befand. Irgendwann werden wir wohl damit konfrontiert werden. Ich hoffe nur, dass es uns dann nicht gerade die Sprache verschlägt! Gewiss ist nur eines: der Steuerfuss bleibt bei 112 Punkten, daran gibt es garantiert nichts zu rütteln!

Dummerweise entgehen uns halt Erbschaftssteuern von gut Fr. 3,5 Mio und die Beiträge an AHV/ EL/ IV steigen und steigen, unterdessen sind wir bei Fr. 6,98 Mio angelangt! (1996 z.B. Fr. 4,762 Mio) Und das neue kantonale Steuergesetz, das am 27.8.00 zur Abstimmung kommen wird, bringt uns nochmals Fr. 3,5 Mio weniger an Steuern, obwohl es insgesamt ein akzeptables Gesetz ist.

Hier wäre ich eigentlich fertig, wenn nicht noch die WOV Jahresberichte wären.

Weil in dieser Beziehung für uns alles neu, ungewohnt und relativ wenig durchschaubar ist, haben wir uns am 10.5.00 während 4 Stunden mit den AbteilungsleiterInnen getroffen und uns ca. 2 Stunden lang allgemein und über weitere 2 Stunden im Detail mit der Materie auseinander gesetzt. An diesem für alle sehr fruchtbaren Nachmittag sind wir aber nicht fertig geworden, so dass wir uns am 31.5.00 über Mittag nochmals 2 Stunden lang ein Bild zu machen versuchten.

Parallel dazu arbeite ich, wie bekannt, im Steuerungsausschuss mit. Da hatten wir einerseits die Aufgabe, ein Konzept für eine Parlamentsreform zu erarbeiten, und andererseits bestand ursprünglich die Meinung, bis Ende Juni den Schlussbericht WOV an den Grossen Stadtrat zu erstellen.

Aufgrund einer Umfrage bei der GPK, den Pilotabteilungen, dem Steuerungsausschuss und den sonstigen Erfahrungen wurde dieses Vorhaben jedoch deutlich "abgebremst". Wir erstellen nun am 23.6.00 einen Zwischenbericht, der WOV-Entscheid ist vorerst aufgeschoben, was uns die nötige Luft gibt, uns noch vertiefter mit dem Kulturwandel auseinander zu setzen!

Das Parlament wird zu gegebener Zeit weitere und nähere Informationen erhalten. Herr Dr. Peter Scheck, Stadtarchivar, der von mir aus gesehen fast den besten WOV-Durch- und Einblick hat, hat mir freundlicherweise seine Antwort zur WOV-Umfrage zur Verfügung gestellt und mir erlaubt, daraus zu zitieren.

Er sagt genau das aus, was ich ebenfalls empfinde und was die Erkenntnis in der GPK und bei den meisten Involvierten war. Ich werde Ihnen also aus diesem Schreiben "Umfrage WOV-Vorbemerkungen" - von Herrn Dr. Scheck vorlesen:

"Ich bin der Überzeugung, dass die Erwartungen, die der vorliegenden Umfrage zugrunde liegen, in dieser Phase des Versuchs zu hoch angesetzt sind. Die WOV-Pilotabteilungen haben 1998 Produktgruppen und Produkte sowie Standards ohne grosse Erfahrung zu definieren versucht und daraus Leistungsvereinbarungen und -auftrag (insbesondere die Standards und Finanzdaten) aufgrund von Annahmen für das Jahr 1999 erarbeitet. Ein Zwischenbericht Ende April 99 sowie ein Jahresbericht 99 liegen nun vor. Aufgrund des ersten Zwischenberichts mussten bereits Leistungsvereinbarungen und -auftrag 2000 abgeleitet werden. Dies bedeutet, dass die Berichterstattungen 1999 und 2000 nicht einem Soll-Ist-Vergleich entsprechen, sondern eher einen Könnte-Ist-Vergleich" darstellen.

Die Steuerungselemente sind Mittel für die Führung. Bevor über Kostenmanagement, Kulturwandel, Controlling und andere Begriffe gesprochen werden kann, müssen meines Erachtens die Grundlagen noch einmal kritisch überprüft werden. Am Ende dieser Testphase sollte in erster Linie versucht werden, diesen ersten Entwurf von Produktedefinitionen, Standards und Finanzdaten und somit das nächste WOV-Budget zu optimieren, sowie ein übergeordnetes Controlling aufzubauen. Konkret meine ich folgendes: Die Personalkosten werden durch Zeiterfassung in der jeweiligen Abteilung ermittelt. Ein Kontrollorgan müsste hier stichprobenweise funktionieren. Noch heikler gestaltet sich die Sachkosten-Umlegung der FIBU auf die Produkte. Wenn ein/e AbteilungsleiterIn sieht, dass er/sie das Budget eines Produktes überschreitet, kann er/sie ungemerkt die Sachkosten einem anderen Produkt zuordnen. Die Datenbank ist zwar diesbezüglich vollständig transparent, eine Revision der WOV-Buchhaltung wurde jedoch nie vorgenommen. Mit anderen Worten: wer bei den Finanzdaten etwas vortäuschen will, kann dies ungehindert tun. Ähnliches lässt sich über die Standards der Leistungsziele sagen. Ist es sinnvoll, dass jede Abteilung sich selber einige Ziele vorgibt und diese auch noch selber kontrolliert? Da ich die Meinung vertritt, dass Exekutive und Parlament ein Anrecht auf eine seriöse, nachvollziehbare und vor allem überprüfte Berichterstattung haben, müssen dringend Instrumente geschaffen werden, um dieses Recht zu garantieren.

Ganz wesentlich erscheint mir auch, dass MBO (Führen mit Zielen) und WOV besser miteinander verknüpft werden müssen. D. h. die vereinbarten Standards müssen in die Zielvereinbarungen der MitarbeiterInnenbeurteilung einfließen. Dies bedingt aber, dass die Ziele messbar und für den Mitarbeiter auch beeinflussbar sind. Ich bin mir nicht sicher, ob das bei jeder Pilotabteilung erkannt und umgesetzt worden ist.

WOV bedeutet nicht nur "technische" Veränderungen und die Einführung neuer Instrumente, auch nicht nur eine Anpassung von Organisations- und Führungsstrukturen, sondern eine neue Unternehmenskultur. Die Meinung, durch die Einführung der Instrumente allein könne die Reform zum Erfolg geführt werden, ist grundsätzlich falsch. Machen wir uns also nichts vor! Obwohl gewisse Ansätze punkto Kundenorientierung und Leistungsoptimierung vorhanden sind, stecken wir diesbezüglich noch in den Kinderschuhen. Hier muss kräftig weitergearbeitet werden, denn dies ist unsere grosse Chance."

Herr Dr. Scheck macht dann gewisse Empfehlungen bezüglich weiterem Vorgehen in Sachen WOV. Er ist nach wie vor von WOV überzeugt, bringt jedoch gewisse Kritiken an. So ist er der Auffassung, dass die Terminplanung überstürzt erfolgt sei. Er vertritt weiter die Ansicht, dass die Pilotphase 3 Jahre dauern und ein schrittweises Vorgehen gewählt werden müsse, damit keine Abteilung überfordert werde, da sich Wissen und Erfahrung parallel weiter entwickeln müssen. "So wie das WOV-Projekt bei den Pilotabteilungen eingeführt und schliesslich (ohne Hilfe von aussen) durchgeführt wurde, darf es nicht mehr passieren. Die dürftige Jahres-Berichterstattung der Abteilungen (Ausnahme Stadtgärtnerei) spricht Bände. Exekutive und Parlament sollten nicht mit Berichten eingedeckt werden, die wenig transparent und aussagekräftig sind."

Das ist eben ein Problem. Wir haben die Strukturen im Parlament nicht angepasst. Wir wurden mit sehr viel Papier eingedeckt. Das ist sicher nicht der Sinn des Ganzen.

Herr Scheck kann sich vorstellen, dass man in weiteren Abteilungen die Zeiterfassung vorziehen würde, um so die Produkte, die es fürs Globalbudget braucht, kennen zu lernen. Ein modulartiges Vorgehen quasi.

Herr Felix Guhl von der Stadtgärtnerei, die von der Grösse her ein idealer WOV-Betrieb ist, steht sehr positiv zum Ganzen. Aber auch er brachte es bis jetzt nicht fertig, die Mitarbeitenden zu überzeugen - ausser das obere Kader. Zudem findet er, dass 80% ohne WOV möglich gewesen wäre.

So wünschen alle Pilotabteilungen eine längere Erfahrungszeit, und zwar Ausdehnung auf drei Jahre! Der Grundsatzentscheid WOV flächendeckend Ja oder Nein sollte demzufolge im Frühling 2002 gefällt werden können.

Ich muss abschliessend zu WOV sagen, dass ich sehr gespannt bin, wie sich das alles weiter entwickeln wird. Was ich sicher weiss: in der Weise, wie die GPK heute arbeiten musste und muss, ist es zeitlich unzumutbar! Auch für unseren Ratssekretär liegt diese Mehrarbeit schlicht und einfach nicht drin!

Froh bin ich, dass nun die Stelle für eine Controllerin/einen Controller ausgeschrieben wurde; auch Johanna Theiler und Thomas Jaquet sind über ein verantwortbares Mass hinaus mit der ganzen Materie belastet. Sie haben sich sehr vorbildlich mit der Thematik befasst und mit hohem Engagement Unterstützung an allen Fronten geleistet. Aber auf die Länge ist auch das nicht zu machen.

Wegen der Zusatzbelastung WOV hat die GPK diesmal kein Schwerpunktthema ausgewählt. Wir werden im Rahmen des Budgets 2001 konkrete Fragen zu den Materialeinkäufen bei der Stadt einbringen. Die GPK möchte sich einen Ueberblick darüber verschaffen, wie das Einkaufswesen gehandhabt wird.

Mit Datum vom 16.6.00 habe ich von der Finanzkontrolle folgendes Schreiben erhalten.

"Die Finanzkontrolle hat die detaillierte Revision der Jahresrechnung 1999, so wie sie dem Grossen Stadtrat vorgelegt wird, bis auf wenige Positionen abgeschlossen. Im Prüfbereich "Steuern" konnten noch nicht alle Punkte abschliessend bearbeitet werden. Allfällige Änderungen durch den Grossen Stadtrat in der Rechnung werden wir nachprüfen.

Die bisher vorgenommenen Kontrollen geben zu keinen Beanstandungen Anlass.

Nach Fertigstellung des Revisionsberichts und dessen Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird Ihnen eine Kopie des Berichts zugestellt werden."

Die GPK verzichtet angesichts der heutigen Prämissen - zu kurze Erfahrungs- und Einarbeitungszeit, fehlendes Fachwissen - darauf, steuernd einzugreifen und stellt daher keine Anträge hinsichtlich der **WOV-Budgets 2001**. Die GPK nimmt im übrigen zur Kenntnis, dass ab 2000 auch das Altersheim Steig ein Pilotbetrieb ist.

Schliesslich verabschiedete die GPK sowohl Rechnung 1999 wie auch den Leistungsauftrag der Pilotabteilungen Jahresbericht 1999 zu Händen des Grossen Stadtrates mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit.

Die GPK bittet Sie, ebenfalls auf die Rechnung 99 und Jahresberichte 99 WOV einzutreten und zuzustimmen.

Zum Schluss danke ich allen Mitarbeitenden der Verwaltung, den WOV-AbteilungsleiterInnen, der Finanzkontrolle, der Zentralverwaltung, den Referenten und der Finanzreferentin sehr herzlich für ihre immense, verantwortungsvolle und pflichtbewusste Arbeit! Speziell bedanke ich mich bei meinen GPK-Mitstreitern und meiner Mitstreiterin und einmal mehr ganz besonders bei unserem Ratssekretär René Gisler, der wirklich "Gold" wert ist!"

Esther Bänziger (SP) Fraktionserklärung *

"Die SP-Fraktion wird auf die Rechnung eintreten und dem Antrag des SR zustimmen."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Die FDP-Fraktion freut sich über den positiven Abschluss der Jahresrechnung 1999 der Stadt Schaffhausen. Wenn dieses Resultat auch auf glücklichen Umständen basiert, so durfte man doch einen Abschluss in dieser Richtung erwarten. Vor allem die guten Ergebnisse praktisch aller Nachbargemeinden im Kanton Zürich liessen aufhorchen und Gutes erahnen - dies insbes. im Bereich der Steuereinnahmen, da der negative Trend der letzten Jahre gebremst werden konnte.

Wir stehen deshalb hier und heute an einem Wendepunkt - einem Wendepunkt zu positiveren Zeiten. Dies zeigen neben der vorliegenden Rechnung auch die sinkenden Zahlen im Bereich der Arbeitslosigkeit, oder die neu geschaffene Beilage *Stellenanzeiger* der Schaffhauser Nachrichten.

Dieser Wendepunkt darf uns aber nicht zu überschwenglichen Taten in der Sparte *Geld ausgeben* verleiten. Das Gegenteil ist aus zwei Gründen angesagt:

1. Die Stadt muss sich jetzt im Bereich der Investitionen ebenfalls antizyklisch verhalten. Hat die Stadt in den letzten Jahren der Rezession viel investiert, muss dies in den nächsten Jahren den Privaten, dem Gewerbe und der Industrie überlassen werden, wobei mit dem Brocken ARA Röti - wie sagen Sie jeweils so schön, Herr Schönberger - eine rechte Pastete auf uns zukommt. Und das genügt vorerst, wenn man bedenkt, dass in unmittelbarer Zukunft eine ebenfalls kostspielige Sanierung der KBA Hard ruft.
2. Es gilt weiterhin, mit den Finanzmitteln höchst sparsam umzugehen, damit a) die Schulden und b) die Steuern gesenkt werden können. Wir müssen die Schulden abbauen, damit die Schuldzinsen sinken. Diese Zinsgelder können wir bei der nächsten wirtschaftlichen Schlechtwetterlage für Investitionen und Konjunkturbelebungsprogramme sinnvoll einsetzen. Gleichzeitig muss eine Senkung des Steuerfusses ins Auge gefasst werden. Wir sind die Verwalter von Geld, das uns die BürgerInnen zum haushälterischen Umgang anvertrauen. Die gleichen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben an der Urne aber auch ein klares Ja zur FDP -Initiative *Flexibilisierung des Steuerfusses* in die Urne gelegt. Dieses Ja verpflichtet, und ein Antrag unsererseits für eine Steuerfuss-Senkung bei der Behandlung eines nächsten Voranschlages ist so gut wie sicher, denn die Voraussetzungen dazu können geschaffen werden oder sind bis in einem halben Jahr gegeben.

Nun aber zurück zur Rechnung 99. Die FDP-Fraktion dankt allen, die dazu beigetragen haben, dass dieser positive Abschluss möglich wurde. Wir freuen uns, dass wir die mageren Jahre hinter uns haben und uns eine etwas erfreulichere Zukunft bevorsteht. Die FDP-Fraktion wird auf die Rechnung 99 eintreten und ihr zustimmen. In der Detailberatung werden wir zu einzelnen Positionen noch Fragen stellen.

Bezüglich WOV hat sich die FDP-Fraktion an der Sitzung relativ still verhalten. Wie es die GPK-Präsidentin geschildert hat und die GPK-Mitglieder es erlebt haben, kommt eine neue Finanzkultur auf uns zu. Eine neue Finanzkultur verdaut man nicht in zwei Wochen. Wir wollen die WOV-Projekte nicht über den Klee loben und als positiv werten. Wir dürfen darüber aber auch nicht einfach den Stab brechen und sagen, so geht es nicht. Wir möchten zuwarten, die verlängerte Pilotphase ausnutzen und uns dann vernehmen lassen, wenn wir mehr Einblick in diesen Versuch gewonnen haben."

Ernst Spengler (SVP)

Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Dass die Rechnung 99 besser ausgefallen ist als budgetiert, darf sicher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden. Die sog. schwarzen Zahlen in der Laufenden Rechnung vermögen uns jedoch angesichts der Zunahme der Verschuldung noch keinen Jubel zu entlocken. Waren es 1997 und 1998 massive Buchgewinne bei den Liegenschaften, so sind es 1999 vor allem die Mehreingänge an Bundessubventionen von über 1,8 Mio Franken, welche die Rechnung verschönerten. Klammert man diese Beiträge aus, dann ist über das Ganze gesehen die Verbesserung eher marginal.

Auf der Einnahmenseite beginnt aber am Horizont ein schüchternes Lichtlein zu flackern. Die Steuereinnahmen sind leicht höher ausgefallen als erwartet. Möge dieses Lichtlein zur hellen Flamme werden! Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Neuansiedlung von Firmen und Betrieben in jüngster Zeit geben Anlass zu Optimismus. Das heisst aber keineswegs, dass in Zukunft die Ausgabenbremse wieder gelockert werden darf. Kommen dann wirklich bessere Jahre, ist Schuldenabbau angesagt, ebenfalls eine Steuerfussenkung, damit das unglückliche Steuergefälle gegenüber den Gemeinden ennet dem Rhein abgebaut werden kann.

Positiv zu vermerken bleibt, dass auf der Ausgabenseite die Personalkosten unter dem Budget liegen. Wenn es gelingt, den Haupt-Ausgabenposten, der immerhin 45% ausmacht, in den Griff zu bekommen, dann ist besseres Wetter in Sicht.

Dass man bei anziehender Konjunktur bei den Investitionen zurück hält, ist der richtige Weg. Die Röti wird in diesem Sektor der Hauptbrocken der nächsten Jahre sein.

Die SVP/EDU-Fraktion wird auf die Rechnung eintreten und ihr zustimmen. Sie dankt allen daran Beteiligten für ihren Einsatz.

Ich möchte der GPK-Präsidentin für ihren sehr ausführlichen Bericht danken. Ich habe das gewusst und mich daher in meinen Ausführungen kurz gehalten. Es ist erfreulich, wenn man nicht alles wiederkauen muss."

Iren Eichenberger (OeBS)

Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB *

"Das Erfreuliche vorweg: Unsere Verwaltung ist, das muss einmal gesagt sein, zuweilen ganz im Stillen kreativ und produktiv. So habe ich in der Rechnung 99 unter dem Konto 8010 318.15 die Broschüre "Füchse in unseren Wohngebieten" entdeckt, die mir bis anhin völlig unbekannt war. Die Broschüre hat mich inhaltlich und durch die attraktive Gestaltung begeistert. Nun soll uns aber deshalb niemand nachsagen: Das Geld war für die Füchse, die OeBS ist begeistert. Auch wir haben die Rechnung 99 differenziert und kritisch betrachtet.

Einmal mehr bestätigt sich unser Eindruck, dass bei der Stadt das Geld sorgfältig ausgegeben wird. Anschaffungen werden, wenn immer möglich geplant und budgetiert. Später anfallende Ausgaben sind weitgehend im Kommentar erklärt oder werden auf Anfrage stichhaltig begründet. Nachdem nun die Rechnung 99 einmal mehr weit besser abschliesst als budgetiert, besteht kaum Anlass zu kritischen Äusserungen. Trotzdem ist Wachsamkeit am Platz, damit nicht aus purer Sparsamkeit wesentliche Aufgaben vernachlässigt werden. Gerade der Personalbereich, der rund 1,5 Mio Franken Minderausgaben ausweist, darf nicht aus Kurzsicht übermässig strapaziert werden. Dass schlechte Arbeitsbedingungen und zu wenig Personal zwangsläufig in eine Krise führen, sehen wir aktuell im Pflegebereich.

Erfreulich sind zweifellos die beachtlichen Mehreinnahmen beim Steueramt, der Stadtgärtnerei und der Cafeteria des städt. Altersheimes. Eine kritische Frage sei dennoch erlaubt: Würde das süsse Geschenk von Fr. 170'000.-- aus der Cafeteria im WOV-System wohl ebenfalls der Stadtkasse zufließen?

Damit leite ich über zu WOV.

Mit grossem Interesse, um nicht zu sagen mit Neugierde, haben wir die Jahresberichte der WOV-Abteilungen erwartet. Die Lektüre der 5 Berichte war aber in keiner Weise ein Honiglecken, sondern viel mehr eine mühsame Denksportaufgabe.

Forderung Nr. 1 daher: Die Lesbarkeit der WOV-Rechnung muss verbessert werden, was allein schon durch grafische Änderungen möglich wäre. Hilfreich wären ausserdem mehr und ausführlichere Kommentare. Dies könnte dem Durchschnittsleser bzw. der -Leserin die wesentlichen Zusammenhänge aufschlüsseln.

Für uns war zum jetzigen Zeitpunkt vor allem das direkte Gespräch mit den 5 WOV-AbteilungsleiterInnen von Interesse. Übereinstimmend war dabei heraus zu hören, dass WOV als erstes sehr arbeitsintensiv ist. Leider fühlten sich im bisherigen Verlauf nicht alle LeiterInnen ausreichend von den WOV-Fachleuten unterstützt. Als weiteres Problem erwies sich die Definition sinnvoller Leistungsaufträge, was vertiefte Kenntnisse der Vorgesetzten über die effektive Arbeit eines Betriebes voraussetzt.

Das wohl auffälligste Resultat der Diskussion waren die offensichtlichen Widersprüche. Während die einen nur eine flächendeckende Einführung von WOV als sinnvoll erachten, wollen andere WOV partiell einsetzen.

Während die einen kundenfreundlicher werden, verlieren die andern im Stress die Nähe zur Kundschaft. Wir aber meinen, WOV darf die Verantwortlichen nicht restlos absorbieren, sondern soll im Gegenteil ihre Unabhängigkeit erhöhen. Kostendruck und Konkurrenz dürfen nicht zu interner Entsolidarisierung führen. Ideelle Ziele, wie z.B. Kultur- und Wertvermittlung an der SHPL dürfen nicht restlos dem Effizienzdenken geopfert werden. Leistungsziele müssen zweckmässig und erreichbar sein. Wie aber soll z.B. das Steueramt geringere Restanzen erreichen, wenn Mahnungen und Beteiligungen nichts nützen?

Das primär einleuchtende WOV-Ziel wäre ja, durch bessere Kenntnis der Verwaltungsabläufe die Dienstleistungen kundenfreundlicher zu gestalten. Die Kundschaft wurde meines Wissens bis anhin vor allem in der Stadtgärtnerei befragt. Hier dürfte ein positives Echo selbstredend leichter erreichbar sein, als wenn man die gleichen Leute beispielsweise als KundInnen des Steueramtes befragt.

Mag WOV auch kundenfreundlich sein, einstweilen scheint es weder besonders verwaltungs- noch parlamentsfreundlich. Vor allem ist eine Entscheidung zu früh, bevor wir schwarz auf weiss die nötigen Änderungen für den Parlamentsbetrieb auf dem Tisch haben. Eine allfällige Parlamentsreform muss mit ihren sämtlichen Konsequenzen sorgfältig und ohne Zeitdruck diskutiert werden. Der Vorschlag des Stadtrates, den Versuch auf 3 Jahre auszudehnen, ist daher einzig richtig. Vor allem wünschen wir für das ganze Parlament vertiefte Ausbildung und Auseinandersetzung mit dem WOV-System.

Was die Rechnung 99 angeht, sagen wir dem Stadtrat und ganz besonders allen städt. MitarbeiterInnen sehr herzlichen Dank für ihre sorgfältige Arbeit.

Wir treten auf die Rechnung 99 ein und werden uns nach Bedarf in der Detailberatung äussern."

Max Zimmermann (parteilos) Votum

"Vorerst möchte ich der Verwaltung und unserer Finanzreferentin für die unerhörte Arbeit, die für diese Rechnung geleistet werden musste, danken. Ich habe festgestellt, dass diese Parallelarbeit - WOV und normale Rechnungsführung - einen enormen Mehraufwand bedeutet. Nachdem ich seinerzeit in einer Firma mit WOV-Regime gearbeitet habe, wo Untersuchungen hinsichtlich Didaktik, Methodik und Arbeitsplanung gemacht wurden, weiss ich, was das heisst, wenn man in eine fremde Abteilung hinein geht und den Leuten dort beibringen muss, was sie zu tun haben.

In unseren WOV-Pilotabteilungen ist eine grosse Arbeit geleistet worden mit Detailaufzeichnungen und Separaterfassungen, welche hoffentlich nur ein einziges Mal - nämlich dieses Jahr - so ausgeführt wurde. Der Sinn von WOV ist ja das Arbeiten mit Global-Budgets; entweder man kriegt das in den Griff oder man lässt es bleiben. Bezüglich dieser Doppelbelastung soll sich vor allem die GPK überlegen, was diesen Abteilungen weiterhin zugemutet werden soll. Auf die Dauer geht das nicht.

Zur Rechnung 99 kann ich sagen, dass ich vom positiven Resultat sehr überrascht bin - unter Berücksichtigung der Nachtragskredite, die der Stadtrat bewilligen musste. Es sind Nachtragskredite in der Höhe von 1,9 Mio Franken bewilligt worden, wovon 1,7 Mio nicht budgetiert ausgegeben wurden. Hinzu kommt der Aufwand für die Auflösung der offenen Drogenszene, welche auch nicht budgetiert war.

Es kann festgestellt werden, dass die Sparmassnahmen Resultate gezeitigt haben, wobei auch gesagt sein muss, dass sich die gegenüber der Rechnung 98 um 500'000 Franken erhöhte Ablieferung des EWS an die Stadtkasse ebenfalls positiv auf das Ergebnis 99 der Stadt auswirkte.

"Grosso modo" ist diese Rechnung sehr gut ausgefallen. Es ist gut gearbeitet worden.

Ich bin für Eintreten auf die Rechnung 99. Ich werde mich in der Detailberatung bei einzelnen Positionen wieder melden. Ich bedanke mich nochmals bei der Verwaltung und bei der GPK, welche im Zusammenhang mit WOV ebenfalls zusätzlich gefordert war."

Theresia Derksen (CVP) Votum *

"Der GPK-Präsidentin Esther Bänziger danke ich für die ausführliche Berichterstattung.

Tatsächlich fallen gewöhnlich die Rechnungen besser aus als budgetiert. Ist das wohl darauf zurückzuführen, dass einfach grosszügig budgetiert wird oder werden tatsächlich Sparanstrengungen unternommen? Sei es wie es will - auf jeden Fall haben wir nicht übersehen, dass der Finanzierungsfehlbetrag immer noch rund 7 Millionen Franken beträgt.

Das prognostizierte Defizit der Rechnung 1998 konnte u.a. durch den Erlös aus dem Verkauf von Aktien der Wohnbaugesellschaft Niklausen und der Überweisung der Arbeitslosenversicherung von rund 1,6 Millionen Franken verhindert werden.

Diesmal konnte die Rechnung 1999 einen kleinen Ertrags-Überschuss ausweisen, u.a. auch, weil rund 1,3 Millionen Franken Bundessubventionen für die

Aufwendungen aus den Jahren 1997/98 für die Arbeitslosenprogramme eingegangen sind.

Gefreut hat uns, dass die Steuereingänge leicht höher ausgefallen sind als budgetiert, auch wenn der Mehrertrag lediglich ca. 54'000 Franken beträgt. Bleibt zu hoffen, dass das Konjunkturbarometer auch in Schaffhausen steigt und wir demzufolge auch mit höheren Steuereingängen rechnen können.

Bei den WOV-Projekten sind die Erfahrungen aus der verlängerten Pilotphase abzuwarten.

Seitens der CVP danke ich dem Stadtrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit.

Wir werden auf die Rechnung 1999 eintreten und ihr auch zustimmen."

Esther Bänziger (SP) Votum

Die GPK-Präsidentin nimmt Bezug auf die Ausführungen von Max Zimmermann. "Die GPK ist nicht die Instanz, welche sagt, wie es in der Stadt bezüglich WOV weiter geht. Wir sagen lediglich, dass es so nicht geht. Das ist erkannt worden; das wissen alle."

Die Votantin nimmt Bezug auf die Berichterstattung der SN über die Rechnungs-Debatte im Grossen Rat. Sie ist überzeugt, dass die Stadt WOV ernster nimmt. Es wurde hier erkannt, dass z.B. eine Parlamentsreform nötig sei usw. Sie hat den Eindruck, dass sich die Kantonsratsmitglieder wesentlich weniger mit der Materie befassen und z.T. auch nicht darüber informiert sind, worum es bei WOV geht.

Die GPK-Präsidentin nimmt im weiteren noch Bezug auf die Investitionen und den Selbstfinanzierungsgrad des Kantons im Vergleich zur Stadt SH, wo der Kanton in den letzten Jahr stets besser da gestanden ist als die Stadt. "Das ist leicht zu machen, wenn man relativ wenig investiert. Der Kanton investiert nicht viel mehr als die Stadt, obwohl er einen Umsatz von weit über 400 Mio Franken ausweist - im Gegensatz zur Stadt SH mit einem Umsatz von ca. 170 Mio Franken.

Der Kanton bezahlt seit Jahren an die Kosten der Stadtbibliothek, an das Museum, und an das Stadttheater - an diese wichtigen Institutionen, welche auch nach aussen strahlen - je 165'000 Franken/Jahr. Das muss auch einmal gesagt sein.

Bezüglich WOV muss ich sagen, dass es mich stutzig macht, wenn Herr Guhl von der Stadtgärtnerei sagt, er stehe sehr positiv zu WOV, gleichzeitig jedoch ausführt, 80% würde auch ohne WOV gehen und er seine Motivation nicht auf die Mitarbeiter übertragen kann.

Ich denke, dass immer und überall Änderungen möglich sind, wenn die Leute innovativ sind."

Ernst Spengler (SVP) Votum

"Es wurde verschiedentlich die grosse Mehrarbeit angesprochen, welche in den Pilotabteilungen angefallen ist. Wir haben das auch in der GPK gesehen. Aber die AbteilungsleiterInnen haben klar signalisiert, dass es besser wäre, den WOV-Versuch um ein Jahr zu verlängern, damit man konsolidieren und nachher flächendeckend - nicht Hals über Kopf - sukzessive ausdehnen kann.

So hat man das Ganze im Griff und man kann erreichen, dass die neuen Abteilungen weniger Aufwand betreiben müssen, weil die Erfahrungen aus den 5 bzw. 6 Pilotabteilungen eingebracht werden können."

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Frau Derksen hat gefragt, warum die Rechnungen immer besser aussehen als die Voranschläge. Die Sache ist klar und man darf der Verwaltung und der Finanzreferentin keinen Vorwurf machen. Was präsentieren Sie lieber: ein traumhaftes Budget und 1 1/2 Jahre später eine himmeltraurige Rechnung dazu oder ein schlechtes Budget und 1 1/2 Jahre später eine positive Rechnung? Das ist der Hintergrund der ganzen Sache. Das ist und war beim Kanton immer so, bei der Stadt immer so - das wird immer so bleiben."

Edgar Mittler (FDP) Votum

"Frau Esther Bänziger hat als GPK-Präsidentin die Jahresrechnung wie immer sehr kompetent und ausgiebig kommentiert; dafür danke ich ihr sehr. Was die WOV-Darstellung betrifft, war sie doch etwas zu negativ eingestellt. Alle WOV-Abteilungen haben sich anlässlich der letzten Sitzung des Steuerungsausschusses positiv zu WOV geäußert - natürlich mit Nuancen. Die einzige kritische Äusserung kam von der SHPL. Selbstverständlich gibt es bei jedem Projekt negative Aspekte, die gewürdigt und verbessert werden müssen. Dass 80% der Veränderungen von WOV auch ohne WOV eingetreten wären, hat Herr Guhl gesagt. Herr Guhl hat auch gesagt, dass diese Änderungen nicht innerhalb dieser kurzen Zeit eingetreten wären. Es scheint mir doch wichtig, in welchem Zeitraum man Veränderungen herbei führen kann. Die Motivation der MitarbeiterInnen - das ist auch zum Ausdruck gekommen - muss von oben kommen. Das ist ein Punkt, auf den wir achten müssen, damit dies in der verlängerten Projektphase auch wirklich passiert."

Warten wir doch die Ergebnisse objektiv und möglichst emotionslos ab und entscheiden dann über WOV aufgrund der dann zu mal vorliegenden Erkenntnisse."

Esther Bänziger (SP), GPK-Präsidentin weist darauf hin, dass sie absichtlich nicht ihre Meinung zu WOV geäußert, sondern im Einverständnis mit Dr. P. Scheck - einem ausdrücklichen Befürworter von WOV - dessen Stellungnahme zitiert hat, welche gewisse Kritiken enthält. "Ich bin nicht grundsätzlich gegen WOV eingestellt, aber ich beobachte diese Sache nach wie vor kritisch."

Max Zimmermann (parteilos) Votum

Der Votant nimmt Bezug auf die Bemerkung von GPK-Präsidentin E. Bänziger, wonach anlässlich der Behandlung der Rechnung 99 im Kantonsrat niemand auf die WOV-Rechnung reagiert habe. "Ich war damals Mitglied der Staatswirtschaftlichen Kommission. Ich weiss, wie es gelaufen ist. RR Peter Briner ist nicht mehr; er war der "WOV-Turbo". Jetzt ist RR Hermann Keller für WOV zuständig. Wie er zur Sache steht, weiss ich nicht. Aber eines kann ich Ihnen sagen. Auch beim Kanton gibt es Betriebe, wo WOV funktioniert und Abteilungen, wo WOV nicht funktioniert. So eignet sich z.B. die Motorfahrzeug-Kontrolle sehr gut für WOV. In der Stadt sehe ich dies bei der Stadtgärtnerei ähnlich. Diese Abteilung wurde strukturiert. Die vorgenommene Detailauflistung ist für die Stadtgärtnerei notwendig, für dieses Parlament ist sie es jedoch nicht mehr. In diesem Rat muss bestimmt werden, ob wir mit den Einnahmen und den Ausgaben zufrieden sind oder nicht."

Zu WOV in den eigentlichen Verwaltungsabteilungen: Das habe ich selber in diesem Arbeitsmethodik-Studium erlebt, das wir jeweils absolviert haben. Die Leute müssen motiviert sein, damit der "Funke springt", und zwar möglichst schnell. Wenn die Leute nicht wollen, dann kann man von oben drücken, wie man will, das bringt überhaupt nichts. Bei den Verwaltungsabteilungen sind verschiedene Parameter gar nicht richtig erfassbar. Ich mag mich an BBC erinnern. Da mussten die Leute täglich stichwortartig ihre Tätigkeiten auführen. Schauen Sie, was mittlerweile mit diesem Riesenbetrieb passiert ist. Da kamen externe Beraterfirmen wie Mac Kinsey, welche Analysen etc. erstellten und damit das grosse Geld machten. Was ist passiert? Die ganze Übung war für die Katze und von den seinerzeit 16'000 MitarbeiterInnen sind vielleicht noch etwa 6'000 Leute in Baden und im Birrfeld zusammen übrig geblieben. So geht es natürlich nicht.

In der Verwaltung darf der Bogen nicht überspannt werden. Es ist richtig, wenn jetzt einmal eine Denkpause eingeschaltet wird, dass WOV jetzt noch nicht ausgeweitet wird und weitere Erfahrungen in den bisherigen Pilotabteilungen gesammelt werden. Das sollte sich der Stadtrat hinter die Ohren schreiben. Die BürgerInnen erwarten eine Optimierung der Verwaltung und nicht, dass sich die Leute in der Verwaltung mit "komischem Zeug" selber unterhalten müssen, damit dann Statistiken vorgelegt werden können."

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Das Votum von Edi Mittler hat mich erneut auf etwas aufmerksam gemacht, was ich in der ganzen Diskussion immer wieder gefährlich finde. Er hat gesagt, dass alle Pilotabteilungen eigentlich positiv zu WOV eingestellt seien und mit einem kleinen Nachsatz - ausser vielleicht die SHPL. Aber gerade die Bereiche, wo Probleme auftauchen, dürfen wir nicht einfach ignorieren. Hier müssen wir aufmerksam sein und differenzierte Lösungen finden. Sonst gerät das Ganze zum Fiasko, wenn wir die Probleme nicht von Anfang an irgendwie konstruktiv auffangen können. Ich möchte nicht ein Verwaltungssystem, bei welchem wertvolle Aufgaben wie eben z.B. in der SHPL Kulturerhaltung und vielleicht auch soziale Aufgaben wegen Effizienzdenken zum Opfer fallen. Davor müssen wir uns hüten."

Edgar Mittler (FDP)

Votum

"Ich kann Frau Eichenberger beruhigen. Ich werde auf dieses Thema zurück kommen bei der Besprechung der Jahresberichte der WOV-Betriebe."

Erwin Sutter (EDU)

Votum

"Wir müssen uns im Klaren sein, dass wir nach einem Jahr WOV-Pilotversuch noch keine Schlussfolgerungen ziehen dürfen. Bis ein klares Bild vorliegt, braucht es zwei bis drei Jahre. Wir müssen uns jetzt nicht darüber streiten, ob WOV etwas bringt oder nicht. Eines ist klar: Wenn die Führung der WOV-Betriebe nicht vorbehaltlos dahinter steht, dann können Sie machen, was Sie wollen, Sie bringen das nicht auf die Reihe. Es bringt gar nichts, von oben zu diktieren. Wenn von dort nicht ein klares Bekenntnis zu WOV besteht, ist die Sache im Voraus zum Scheitern verurteilt. Hinsichtlich der SHPL ist zu sagen, wenn es dort Probleme gibt, dann braucht es dort umso mehr Coaching und Hilfestellung von oben."

Warten wir noch ein bis zwei Jahre ab, dann können wir wirklich klar entscheiden. Ich denke, dass die Sache dann auch positiv wird, weil die Ausrichtung auf mehr

Kundennähe letztlich etwas bringen wird. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass das Projekt WOV auf guten Schienen läuft."

Stadträtin Veronika Heller

Stellungnahme des Stadtrates *

"Ich danke Ihnen zuerst einmal für die gute Aufnahme der Rechnung 99. Heute leiden wir eher unter den Temperaturen als unter dem Rechnungsergebnis. Ich danke auch der Präsidentin der GPK für ihre sehr fundierten, sachlichen Ausführungen sowohl zur Rechnung wie auch zu den Jahresberichten der WOV-Betriebe. Damit werden wir uns noch näher auseinandersetzen. Das hat bereits die Eintretens-Debatte gezeigt.

Die Laufende Rechnung 99 ist positiv ausgefallen. Sie haben die Zahlen mehrmals gehört. Es ist schön, dass verschiedene Rednerinnen und Redner daran erinnert haben, was wir mehr bekommen haben, was wir im Budget nicht vorgesehen haben. Sie müssen aber auch sehen, dass das, was von Bundesseite mehr gekommen ist, von Kantonsseite weniger gekommen ist, wenn auch in einem ganz anderen Bereich. Es ist eben nicht so, dass wir uns auf verlässliche Werte stützen und sagen können, das kommt so - 1 1/2 Jahre im Voraus. Ich sehe auch, dass Ihnen offenbar die Rechnung 97 bereits aus dem Gedächtnis gefallen ist. Die Rechnung war nicht besser als das Budget. Sie war ziemlich schlimm, weil sich die Rezession in der Rechnung 97 zum ersten Mal richtig bemerkbar gemacht hat.

Thomas Hauser hat schon recht: Es ist angenehmer, vorsichtig zu budgetieren und dann ein gutes Ergebnis zu haben, als im Voranschlag euphorische Zahlen vorzugeben und nachher in der Rechnung auf die Nase zu fallen.

Bei den Steuereinnahmen dürfen Sie etwas nicht vergessen. Wir könnten schon von Neid erfüllt sein, wenn wir südlich in unseren Nachbarkanton schauen und sehen, wie bei denen das Geld jetzt herein kommt. Aber die haben ihr Steuergesetz im Gegensatz zum Kt. SH schon revidiert. Wir haben jedoch eine gute Ausgangslage. Ich bin froh, dass man sich im Kantonsrat gefunden hat. Ich bin überzeugt, dass das revidierte Steuergesetz gut über die Runden kommen wird. Es ist ganz klar, dort wo das neue Steuergesetz bereits auf die einjährige Veranlagungsperiode angepasst worden ist, sind die Steuereinnahmen ungefähr und im Schnitt 5% höher ausgefallen als im Vorjahr, wo noch die zweijährige Veranlagungsperiode galt. Ich bin stolz, dass wir die Steuereinnahmen sehr gut budgetiert haben.

Es ist offensichtlich, dass sich alle Beteiligten - insbes. die MitarbeiterInnen - enorm Mühe gegeben haben, damit die Vorgaben eingehalten werden konnten. Weder die Personal- noch die Sachkosten sind aus dem Ruder gelaufen.

Das gute Resultat vermag allerdings nur vordergründig zu befriedigen.

Die Investitionen waren nämlich nach wie vor relativ hoch - verglichen mit dem, was wir uns effektiv leisten können - und haben einmal mehr zu einer zusätzlichen, wenn auch leicht gebremsten Zunahme der Verschuldung geführt. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 58,4%.

Das Ergebnis kann man insgesamt vor folgendem Hintergrund sehen:

- verbesserte Wirtschaftslage
wird allgemein so gesehen, insbesondere
 - von der IVS
 - vom Gewerbeverband
 - der Wirtschaftsförderung

die ausgemachten "Aufschwungsignale" sind gerechtfertigt;

verschiedene Ansiedlungen sind schon gelungen bzw. in der pipe-line

auch die einmalige Chance für eine Weiterentwicklung, die sich beim "Zentrum Landhuus" bietet, dürfte nun wahrgenommen und nicht auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden.

- Konsumverhalten - optimistisch
- Zahl der Arbeitslosen wesentlich geringer
 - vor einem Jahr waren wir in der Stadt noch bei rund 4%
 - per Ende Mai 2000 sind es noch 351 Personen oder 1,9%
 - allerdings liegt das immer noch 0,3 % über dem Kanton
 - und die Langzeitarbeitslosen, die sehr schwierig zu vermitteln sind, sind in dieser Statistik nicht mehr enthalten, sie zeigen sich in der Belastung der Sozialhilfe der Gemeinden, d.h. auch der Stadt.

Steuern

- Die Revision des kantonalen Steuergesetzes stellt uns vor schwierige Entscheide - vor allem bei der Budget-Debatte.

Das Jahr 2001 ist eine eigentliche "Black-Box".

- Steuerausfälle für die Stadt beim jetzigen Stand der Dinge rein rechnerisch rund 3,5 Mio Franken, allerdings mit vielen Unbekannten.
- der wirtschaftliche Aufschwung, so er denn anhält, wird sich jedoch hoffentlich schneller bei den Steuereinnahmen niederschlagen, als die Rezession, wegen der neu einjährigen Veranlagungsperiode.
- allerdings werden wir mit tatsächlich höheren Einnahmen erst im Jahre 2002 rechnen können, da die definitive Veranlagung erst in diesem Jahr erfolgt.
- Die rechnerischen Steuerausfälle bei der öffentlichen Hand bedeuten aber auch, dass die Steuerpflichtigen um diesen Betrag entlastet werden, wenn auch nicht alle gleichermassen. Es wird auch einzelne Leute geben, welche aufgrund der Einkommens- oder Vermögensentwicklung mehr Steuern zahlen müssen.

Bei den Investitionen war die Stadt 1999 zurückhaltend; noch mehr wird sie es im Jahr 2000 sein müssen - im Hinblick auf die "Sanierung Kläranlage Röti", die mittlerweile die Volksabstimmung glänzend bestanden hat. Diese Sanierung wird fast alle eigenen Mittel der Stadt binden.

Sorgenkinder sind immer noch dieselben: Aufgabenteilung, Lasten- und Ressourcenausgleich mit dem Kanton - verbunden mit dem neuen Finanzausgleich. Da ist der Dialog allerdings aufgenommen. Ich bin zuversichtlich, dass wir da mittelfristig vernünftige Lösungen finden. Die neueste Ausgabe der Zeitung des Städteverbandes zeigt eindeutig, dass sich verschiedene Problemkreise im Verlauf der Jahrzehnte so entwickelt haben, dass der Bund damit zwar wunderbar fährt, die Kantone so über die Runden kommen und die Gemeinden überhaupt nicht (mehr) über die Runden kommen - Beispiel Verkehr (öffentlicher und privater). Der Bund macht mit seinen Einnahmen "massive Gewinne", die Kantone kommen mehr oder weniger eben heraus und die Gemeinden sind alle negativ in ihren Rechnungen, was den Verkehr anbetrifft.

Die Verschuldung betrachte ich als zu hoch. Hier sind wir noch nicht über dem Berg. Schuldenabbau kommt eindeutig vor Steuersenkungen, denn die Stadt muss ihre Kreditwürdigkeit erhalten! Wenn wir beides machen können, bin ich damit einverstanden.

Der Stadtrat ist nicht untätig. Die GPK-Präsidentin hat dies auch erwähnt. Die Klausurtagung hat stattgefunden. Wir haben Massnahmen geprüft, welche in die Wege geleitet werden können, die nicht kurzfristig greifen und Sparübungen sind, sondern die längerfristig etwas bringen. Wir haben die Massnahmen heute morgen im Grundsatz und provisorisch verabschiedet. Wir haben bei den Investitionen noch einmal Tempo weggenommen und die Vorgaben für das Budget 2001 nochmals um 3,5 Mio Franken reduziert. Aber weil dies noch nicht definitiv ist - es tut mir leid Esther Bänziger -, werde ich mir heute auch nicht mehr entlocken lassen.

Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung WOV wird eine dieser Massnahmen sein, die wir wirklich weiter verfolgen wollen. Die AbteilungsleiterInnen und die begleitenden MitarbeiterInnen sind mehrheitlich top motiviert. Sie haben gute Arbeit geleistet. Auch die Parlaments-Reform ist auf gutem Wege. Den Entscheid, WOV flächendeckend einzuführen, um 1 Jahr zu verschieben, erachte ich als richtig. Ich bin auch froh, dass die Delegation des Parlamentes im Steuerungsausschuss dies mit trägt. Ein solcher Entscheid muss reifen. Die MitarbeiterInnen müssen entsprechend geschult werden. Es sind Informatiklösungen bereit zu stellen, möglicherweise auch in Zusammenarbeit mit dem Kanton, das Controlling muss aufgebaut werden und die Parlamentsreform muss parallel vorbereitet werden. Nur so kann der Kulturwandel gelingen. Es ist nämlich nicht nur eine neue Finanzkultur, Thomas Hauser. Es geht eigentlich darum, dass das unternehmerische Denken in seinen positiven Auswirkungen auch bei der öffentlichen Verwaltung Eingang findet.

Ich bin froh über die engagierte Diskussion und auch über kritische Voten, denn das ist ein Entwicklungsprozess.

Über den positiven Rechnungsabschluss freue ich mich selbstverständlich, auch wenn das kein Grund zur Euphorie ist. Weitere Anstrengungen werden nötig sein, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen oder eben die Balance zu finden und diese auch zu halten. Insgesamt bin ich zuversichtlich.

Die Stadt wird sich weiter entwickeln und mit der allgemeinen Entwicklung Schritt halten können - jedenfalls dann, wenn der Stadtrat und der Grosse Stadtrat gewillt sind, am Reformkarren mit zu ziehen. Ich habe den Eindruck, das sei der Fall.

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, der Stadt auch 1999 einen positiven Rechnungsabschluss zu bescheren. Rechnung 99 = tempi passati.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Stadtrates, der von der GPK einstimmig unterstützt wird, zuzustimmen und die Rechnung 99 der Stadt Schaffhausen zu genehmigen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Begonnen wird mit dem **Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV - Jahresbericht 1999**

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.

Seiten 5 - 13 Stadtarchiv - Keine Wortmeldungen
 Seiten 15 - 23 Stadtgärtnerei - Keine Wortmeldungen
 Seiten 25 - 35 Steuerverwaltung

Alfred Zollinger (SVP) zu Seite 27

Der Votant stellt eine Unrichtigkeit fest.

Anmerkung der Redaktion: Der Hinweis von A. Zollinger ist richtig.

Die Raumkosten sind korrekt mit Fr. 95'000.-- einzusetzen.

Die GPK hat mit Datum vom 19. Mai 2000 folgenden Korrekturantrag - verfasst durch die ZV - bereit gestellt:

Der Grosse Stadtrat genehmigt den Austausch der Seite 27 im Leistungsauftrag Jahresbericht 1999 "Finanzdaten Abteilung Steuerverwaltung".

Abteilungsergebnis zu Vollkosten	"Voranschlag"	Fr. - 1'037'300
	"Rechnung"	Fr. - 1'029'965

Produktgruppen

01 Steuern natürliche Personen	"Voranschlag"	Fr. - 1'162'700
	"Rechnung"	Fr. - 997'407

02 Grundstückgewinnsteuer	"Voranschlag"	Fr. - 174'200
	"Rechnung"	Fr. - 187'067

03 Steuerinkasso	"Voranschlag"	Fr. 530'200
	"Rechnung"	Fr. 527'526

04 Steuerauskünfte	"Voranschlag"	Fr. - 230'600
	"Rechnung"	Fr. - 373'017

Ansonsten erfolgt zum Jahresbericht der Steuerverwaltung keine Wortmeldung.

Seiten 37 - 43 Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung SHPL

Edgar Mittler (FDP)

Votum *

"Bei der kritischen Durchsicht der Jahresberichte der WOV-Pilotabteilungen bin ich bei der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung SHPL auf einige sehr beunruhigende Tatsachen gestossen. Auf S. 39 der WOV-Jahresberichte ersehen Sie, dass der Kostendeckungsgrad dieser Schule nur 28 % beträgt. Soeben habe ich allerdings erfahren, dass die Raumkosten, die mit Fr. 355.--/m² gerechnet wurden, massiv reduziert werden, sodass der Kostendeckungsgrad sich auf etwa 35 % verbessern wird. Aber, meine Damen und Herren, 35 % Kostendeckungsgrad heisst, dass der/die SteuerzahlerIn der Stadt Schaffhausen 65 % der Kosten dieser Schule subventioniert.

Wenn wir nun etwas mehr in die Details gehen, sieht das Bild noch betrüblicher aus: Nehmen wir z. Bsp. die Position "Sozialjahr für Schulabgänger". Insgesamt wurden 27 Schülerinnen unterrichtet. Von diesen 27 Schülerinnen stammen allerdings nur 5 aus der Stadt Schaffhausen. Die Schülerinnen, die jeweils nur 2 Tage in der Woche im Schulhaus und die übrigen 3 Tage in einem Haushaltspraktikum bei einer Familie tätig sind, kosten die Stadt über **Fr. 100'000.--**, was einem K'Deckungsgrad von rund 50 % entspricht. Werden, wie bei WOV üblich, die Gemeinkosten mit berücksichtigt, so reduziert sich der K'Deckungsgrad auf noch ca. 40 - 45 %. Diesen K'Deckungsgrad könnte ich allenfalls aus sozialer Sicht noch akzeptieren, wenn alle oder wenigstens die meisten Schülerinnen aus der Stadt kommen. Mit lediglich 5 städtischen Schülerinnen subventionieren wir aber den Kanton und die Gemeinden mit rund 80 % oder mit anderen Worten, die Stadt verrechnet nur 20 % der anfallenden Schulkosten weiter.

Sie werden sich vielleicht fragen, wo diese Zahlen in der Rechnung ersichtlich sind. Sie sind es nicht. Als Mitglied des WOV-Steuerungsausschusses bin ich in den letzten Wochen regelrecht überschwemmt worden mit Zahlenmaterial und Kommentaren der WOV-Pilotabteilungen. Einer der Vorteile von WOV ist, dass man nun z. Bsp. sieht, wie viele Schüler welche Kosten verursachen, wie viele hauswirtschaftliche Kurse durchgeführt wurden oder wie viele Lehrkräfte eingesetzt wurden usw.

Ein grosses Fragezeichen muss aber vor allem hinter die von der SHPL angebotenen, sogenannten Kurzurse wie z. Bsp. Basteln, Kerzenziehen, Blumengedecke binden usw. gesetzt werden. Wenn von 58 ausgeschriebenen Kurzkursen nur 31 oder 53 % durchgeführt werden können, so fehlt es entweder an der Attraktivität der Kurse oder andere Anbieter wie z. Bsp. die Migros-Klubschule schnappen uns die Kunden weg oder sie sind heute schlicht und einfach nicht mehr gefragt. Der K'Deckungsgrad dieser Kurse beträgt ganze 26 % und - berücksichtigt man noch die Gemeinkosten -, dann fällt er unter 20 %! Hier subventioniert also der/die städtische SteuerzahlerIn ganz massiv Kurse, die z.T. nicht oder nicht mehr gefragt sind, oder die durch andere Organisationen so durchgeführt werden, dass sogar noch ein Gewinn heraus schaut. Natürlich könnte ich es mir nun einfach machen und fordern, dass der Kostendeckungsgrad der SHPL z. Bsp. 80 % betragen müsse. Dies ist unrealistisch, das ist mir klar. Ich anerkenne absolut die sozialen Aspekte, die diese Schule zu erfüllen hat und ich denke, dass das Angebot eines Sozialjahres für SchulabgängerInnen und in beschränktem Rahmen auch Kurse für

Hauswirtschaft und Freizeitgestaltung - diese jedoch kostendeckend, wie für andere Anbieter auch - aufrecht erhalten bleiben sollten.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass wir in der Stadt Schaffhausen an bester und prominenter Lage ein Schulhaus haben, resp. eine Schule betreiben, die

1. nur noch sehr wenig frequentiert wird
2. dem Zeitgeist offenbar nicht mehr entspricht
3. ein sehr schlechtes Kosten/Nutzen-Verhältnis aufweist und
4. dem/der städtischen SteuerzahlerIn Jahr für Jahr rund 1/2 Million Fr. Defizit beschert.

Ich bitte deshalb den Stadtrat zu prüfen,

1. ob die Schülerinnen, welche das Sozialjahr für Schulabgängerinnen absolvieren, nicht in ein anderes Schulhaus verlegt werden könnten.
Es handelt sich um 5 Schülerinnen unserer Stadt.
2. ob es Aufgabe der Stadt sein kann, für andere Gemeinden eine solch kostspielige Schule anzubieten, ohne dafür kostendeckend entschädigt zu werden.
3. ob es in der heutigen Zeit, wo private Anbieter eine Fülle von Kursen anbieten und erst noch zum Teil zu wesentlich günstigeren Konditionen, eine Aufgabe der Stadt sein kann, Kurse für Hauswirtschaft und Freizeitgestaltung anzubieten und wenn ja, ob nicht mindestens das Kursangebot an die tatsächlichen Bedürfnisse angepasst und zu kostendeckenden Kursgeldern angeboten werden sollte?

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, verstehen Sie mich bitte richtig. Es geht mir nicht um die Abschaffung der SHPL. Diese Schule hat eine wichtige soziale Bedeutung, die nicht übersehen werden darf. Allerdings, und da bin ich der festen Ueberzeugung, müssen neue, kostengerechte Lösungen gesucht werden und auch der Standort bedarf einer kritischen Ueberprüfung.

Es ist mir klar, dass der Stadtrat heute nicht mit einer fundierten Antwort aufwarten kann. Was ich jedoch von ihm erwarte, ist eine verbindliche Zusage, dass meine Fragen und Anregungen ohne Verzug geprüft werden. Dafür danke ich ihm im voraus."

Stadträtin Veronika Heller

Das Votum von Edgar Mittler hat vielleicht etwas hart getönt, aber es zeigt, dass es möglich ist, zu den politisch richtigen Fragen zu kommen. Es ist richtig, dass die soziale Bedeutung dieser Schule entsprechend berücksichtigt werden muss. Das kann man nicht in Franken und Rappen, geschweige denn in Prozentzahlen abhandeln; aber das sind Fragen, welche geprüft werden müssen, die bis anhin niemanden interessiert haben, weil man sich das gar nicht bewusst war. Sie wissen aber aus dem Steuerungsausschuss, dass für dieses Pilotprojekt die Situation aus den verschiedensten Gründen sehr schwierig war. Ich werde Ihnen heute Abend die Antwort geben können, dass wir das prüfen. Selbstverständlich hätte ich das auch getan, wenn Sie das nicht gesagt hätten. Diese Sache hier auseinander nehmen möchte ich deshalb nicht, weil es mir wichtig scheint, dass wir die Solidarität mit WOV nicht fahren lassen und man auf die betroffenenen MitarbeiterInnen auch so Rücksicht nimmt, dass sie nicht morgen in der Zeitung lesen müssen, was wir uns hier jetzt wieder ausgedacht haben.

Aber dass wir das prüfen und entscheiden müssen, welches Gewicht wir den Abteilungen mit Dienstleistungen der Stadt geben wollen, diese Frage werden wir beantworten müssen. Ich hoffe, Sie sind mit meiner Antwort für heute zufrieden.

Edgar Mittler (FDP) erklärt sich mit dieser Antwort zufrieden.

Esther Bänziger (SP) richtet sich an Edgar Mittler mit der Bemerkung, dass es sie sehr interessieren würde, woher er die Information habe, wonach der bisher angewendete Raumkostensatz von Fr. 355.--/m² gesenkt werde. Dieser Satz sei auch von anderen WOV-Betrieben als zu hoch kritisiert worden.

Die Votantin zieht aus den Ausführungen von E. Mittler einen anderen Schluss als die Finanzreferentin. "Es ist für mich die Frage, ob das nun die richtigen politischen Fragen aufwirft. Ich frage mich, ob die SHPL oder auch andere Schulen überhaupt WOV-geeignet sind. Peter Scheck, den ich heute mehrmals zitiert habe, hat sehr eng mit der SHPL zusammen gearbeitet. Er hat klar gesagt, die SHPL und die Art, wie die Produkte dort ausgewählt wurden, sei nicht geeignet als WOV-Betrieb. In der SHPL ist zu vieles vorgegeben - die Löhne schreibt der Kanton vor.

Bezüglich Kursangebot muss die SHPL über die Bücher gehen, das ist klar.

Was das Verhältnis der städtischen zu den auswärtigen Schülerinnen anbetrifft, so weiss ich, dass zwischen der Stadt und dem Kanton ein Abkommen besteht. Das 10. Schuljahr ist ein wichtiges Angebot für Schulabgängerinnen. Das ist ein Punkt, wovor ich Angst habe. Sie können Kindergärten und andere Bildungsstätten nehmen. Diese sind doch nicht kostendeckend. Wollen Sie das? Da kommt dann nicht das zu Tode sparen, sondern das zu Tode blödeln. Wir müssen doch einsehen, dass der Staat gesellschaftliche Aufträge zu erfüllen hat.

WOV machen wir dort, wo es Sinn macht - Stadtgärtnerei, Fahrzeugkontrolle usw. Bei der Schule ist WOV sehr fragwürdig; vor allem in der Schweiz, wo wir immer sagen, die Bildung sei unser einziger "Rohstoff". Diesem müssen wir Sorge tragen. Ich möchte Sie davor warnen, hier falsche Schlüsse zu ziehen."

Iren Eichenberger (OeBS): Edi Mittler hat als Finanzfachmann die Nase vorn und kann die Zahlen interpretieren. Er sieht sofort, wo Kosten verursacht werden und wer diese Kosten eigentlich trägt. Dagegen kann man nichts einwenden.

Aber die Entscheidung liegt jetzt bei uns, wie wir diese Erkenntnisse werten wollen. Jetzt kommt die politische Wertung, was dies für uns heisst.

In Bezug auf das Sozialjahr möchte ich darauf hinweisen, dass dieses Jahr für viele Schülerinnen, die keinen Mittelschulabschluss oder ähnliches erreichen können, ein sehr wertvolles Grundlagenjahr bildet, um anschliessend in einen sozialen Beruf einzusteigen. Wenn wir das jetzt auf die Stadt umlegen, können wir sagen, vielleicht sind nur fünf städtische Schülerinnen dabei - ab und zu auch einmal ein Bursche. Aber wenn wir an die städtischen Heime und die Spitex denken, wo wir später Pflegepersonal rekrutieren müssen, sind wir froh, wenn wir an der SHPL auch auswärtigen Schülerinnen eine Grundlagenausbildung ermöglichen können, welche später evtl. auch der städt. Krankenpflege und sozialen Einrichtungen zugute kommt. Natürlich kann man sich fragen, ob man die betr. Gemeinden nicht mehr zur Kasse bitten soll.

Was die Kurse angeht, so ist es legitim, sich hier Gedanken zu machen. Andererseits ist zu sagen, dass es viel leichter ist, den Modetrends zu folgen. Das können die kommerziellen Anbieter - Migros usw. Man erinnert sich an die Makramee-Mode, die so lange dauerte, bis die Leute diese Taschen und Wandbehänge nicht mehr ertrugen. Diese Trends kann man vielleicht gewinnbringend mitmachen. Tradition erhalten heisst z.B. auch alte Heilkunst oder alte gewerbliche Fertigungsmethoden erhalten und weiter vermitteln, auch wenn kein diesbezüglicher Trend vorhanden ist. Da hat die Stadt eine gemeinwirtschaftliche Aufgabe, die wir wahrnehmen müssen."

Alfred Zollinger (SVP): "Einerseits möchte ich SR Vero Heller für die ausgezeichnete Stellungnahme pro WOV danken. Andererseits möchte ich Esther Bänziger sagen, WOV ist nicht dafür da, um zu blödeln. WOV schafft die Grundlagen für Diskussionen. Ohne WOV hätte man die Sache mit diesen Kursen, deren Finanzierung und deren Kostendeckungsgrad gar nicht zur Kenntnis genommen. Dies ging im "grossen Teig" unter. Sie sind auf dem besten Weg, WOV zu verstehen."

Max Zimmermann (parteilos) hat über Jahre verfolgt, was in der SHPL läuft, weil seine Gattin dort gearbeitet hat. "Ich konnte feststellen, dass Jahr für Jahr der Nettoaufwand für die SHPL zurück ging - vermutlich seit Frau Elisabeth Meier am Ruder ist. Ausgerechnet diese Schule ist dann von SR W. Widmer ausgesucht worden. Vielleicht hat er damit "glänzen" wollen und hat nun einen Schuh voll heraus gezogen. Er hätte ja das Steigschulhaus oder das Gräflerschulhaus nehmen können; da hätte er wahrscheinlich ein Riesen-Tohuwabohu mit der Lehrerschaft erlebt, die aufgestanden wäre. Wenn wir beginnen, die Schule auf diese Art und Weise zu analysieren, so müssen wir sagen, das können wir uns in Zukunft gar nicht mehr leisten, das ist Gemeinwirtschaft. So geht es nicht mit WOV."

Edgar Mittler (FDP) dankt der Finanzreferentin für die positive Stellungnahme. "Mein Votum war nicht gegen die SHPL oder die Kurse gerichtet. Ich habe nur gesagt, diese Kurse sollten kostendeckend sein. Es ist einfach, nun zu sagen, man habe ausgerechnet die SHPL als Pilotabteilung gewählt. Man hat aufgrund der WOV-Daten gesehen, wie die Situation dort ist. Das ist nicht der Fehler, sondern der Vorteil von WOV."

Gertrud Walch (SVP): "Als Lehrerin bin ich sicher für die Schule. Ich befürworte ebenso die Institution des 10. Schuljahres an der SHPL. Ich stehe auch hinter WOV. Es geht bei den Schulen nicht primär um Kostendeckungsgrade. Es ist auch schwierig, von Wirkungsgraden zu sprechen. Aber hier geht es auch um eine gerechte Kostenverteilung. Wenn 27 SchülerInnen diese Schule besuchen und lediglich 5 in der Stadt wohnhaft sind, dann sagt das schon etwas aus. Man sollte sich wirklich überlegen, ob es Sinn macht, diese 27 SchülerInnen in einer Schule separat zu führen, oder ob es eine Lösung gäbe, diese SchülerInnen einer kantonalen Schule oder einer vom Kanton unterstützten Schule anzuschliessen, wie dies z.B. mit der Schule Charlottenfels gegangen ist. Es geht nicht um die Abschaffung dieser Schule SHPL, sondern um Verbesserungen."

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Ich fand die Diskussion über WOV und den besonderen Fall SHPL sehr interessant und spannend."

Sie zeigt auf, dass die Stadt Schaffhausen eine Reihe von Zentrumsleistungen erbringt, nicht nur in der SHPL, sondern auch in der Kultur, die in Franken und Rappen einmal ausgewiesen sein müssen, sonst kommen wir nicht weiter in der Diskussion über die Zentrumslastenfrage, über die Leistungsübertragungen, die wir vornehmen in die Gemeinden südlich des Rheins. Dort hat es etliche Leute, die einmal in Schaffhausen wohnhaft waren, die dort heute ihr Einfamilienhaus besitzen, vielleicht etwa 20% weniger Steuern bezahlen, in Schaffhausen ins Stadttheater gehen, das Museum besuchen, die KSS frequentieren und in hiesigen Sportvereinen tätig sind und sich dann in der Zeitung beschweren, es hätte in der Stadt keine Parkplätze.

Es ist wichtig, dass wir diese Auseinandersetzung führen können. Ich kann Frau Bänziger versprechen, dass sich der SR bei der Prüfung dieser Frage sehr bemühen wird, die Gemeinwirtschaftlichkeit dieser Leistungen auch zu gewichten. Aber wir müssen diese Zahlen haben, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, wie ich das in diesem Saal gehört habe, der Stadtpräsident erfinde die Zentrumsleistungen und wolle sie jetzt auch noch in der Kantonsverfassung verankern. Das ist keine Erfindung von mir. So werden Zentrumsleistungen in Thun abgegolten. Es gibt Zentrumsleistungen in Bern und Zürich. Wir sind ein kleines Regionalzentrum. Wir müssen diese buchhalterischen Voraussetzungen schaffen. Deswegen müssen wir auf dem Weg des WOV weiter fahren - zumindest in den Pilotabteilungen. Der Stadtrat hat erklärt, er möchte das flächendeckend machen. Wir sind aber dazu nicht in der Lage, bevor wir nicht nach dem Schneeball-System WOV weiter tragen können. Dazu brauchen wir noch etwas Zeit und Ihr Wohlwollen. Ich hoffe, dass uns dieses erhalten bleibt, damit wir den Entscheid bezüglich einer flächendeckenden Einführung dann fällen können."

Christian Hablützel (SP): "Ich freue mich, dass wir jetzt inhaltlich in die WOV-Debatte einsteigen. Ich möchte aber warnen. Ich merke, dass wir in der ersten Phase bereits einen grossen Fehler machen. Wir skelettieren jetzt die Organisationen. Wie Sie alle wissen, bestehen Organisationen und Betriebe meistens aus einem Produkte-Mix. Es ist gefährlich, in die Detailzahlen zu tauchen, was ich - vielleicht Esther Bänziger widersprechend - anmerken muss. Natürlich ist es interessant, auf der Ebene von "Benchmark"-Zahlen zu sehen, zu wieviel Franken beispielsweise eine Kurs-Stunde angeboten wird. Da könnte man sagen, das sei billiger, als ein Automechaniker verlangt, wenn er meinen Vergaser wechselt. Oder ich könnte beispielsweise sagen, wie viel eine Schülerin kostet bei diesem Produkte-Mix. Da könnte man mit diesen "Benchmark"-Daten tatsächlich steuern. Aber beim Eintauchen in die einzelnen Leistungsbereiche sind wir überfordert, ebenso bei der Beurteilung des Ganzen. Wir müssen das Zusammenspiel den Führungskräften in den einzelnen Betrieben überlassen."

Peter Möller (GB): "Es freut mich, dass wir in eine politische Diskussion einsteigen, auch was Sinn, Zweck und Ziele gewisser Staatsaufgaben sein sollen. Edi Mittler meint, dass es nicht die Aufgabe der Öffentlichkeit sei, diese Kurse in der SHPL zu diesen Preisen anzubieten, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Da bin ich aufgrund grundsätzlicher Überlegungen anderer Ansicht. Gerade solche Nischen-Kurse sollen nach meiner Auffassung zu akzeptablen Preisen angeboten werden. Ich bin froh, dass der Stadtpräsident bereits zugesichert hat, in die Überlegungen des SR mit einzubeziehen, dass die öffentliche Hand hier andere Aufgaben zu erfüllen hat als die kommerziellen Anbieter."

Bea Hauser (SP): "Im Gegensatz zu Christian Hablützel bin ich nicht so wahnsinnig begeistert von der Diskussion über die WOV-Abteilungen. Erstens reden wir jetzt länger über die 5 WOV-Abteilungen und noch nicht über die Rechnung 99. Zweitens hat Edi Mittler eine Lawine losgetreten. Da gebe ich der Finanzreferentin recht hinsichtlich ihrer Bemerkung bezüglich *politisch die richtigen Fragen stellen*. Ich bin auch der Meinung, dass aus WOV ganz klar resultiert, was ein Produkt kostet, welcher Kostendeckungsgrad erreicht wird usw. Aber die Wertung nachher ist eine andere, diese wird politisch. Da frage ich mich je länger je mehr, ob der GrSR als Gesamtgremium der Ort ist, wo solche Bewertungen dann vorgenommen werden müssen. Es ist sinnlos, plötzlich über Blumensteckkurse an der SHPL zu diskutieren, ob sie sein müssen, was sie kosten sollen usw. Das ist doch nicht Sinn und Zweck des WOV. Sinn und Zweck des WOV ist, dass die zuständigen Referate herausfinden, wieviel das Gemeinwirtschaftliche in unserer Stadt kostet und die politische Wertung muss schliesslich der Stadtrat vornehmen - sicher mit Hilfe des Parlamentes, ob sich die Stadt dies leisten will oder nicht. Dass wir jetzt über pro und kontra SHPL diskutieren, dies gehört nicht in diese Debatte."

Edgar Mittler (FDP) vertritt die Auffassung, dass genau dies Sinn und Zweck von WOV sei, darüber im Parlament zu diskutieren. "Jetzt können wir sagen, 100'000 Franken ist das Defizit der Stadt; dies ergibt bei fünf Schülerinnen einen pro Kopf-Betrag von Fr. 20'000.--. Jetzt können wir entscheiden, ob uns das diesen Betrag wert ist. Wenn das Parlament zum Schluss kommt, dass uns dies aus sozialen Überlegungen wert ist, dann ist die Sache in Ordnung. Wenn es Nein sagt, dann müssen wir handeln. Aber dafür sind wir hier, um über solche Sachen zu diskutieren und abzustimmen."

Zwischenruf von Bea Hauser: "Wir können doch keine Schule abschaffen im GrSR!"

Seiten 45 - 53 Vormundschafts- und Erbschaftsamt - Keine Wortmeldungen

Somit ist das Kapitel Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV - Jahresbericht 1999 durchberaten.

Es folgt nun die Detailberatung **IV. LAUFENDE RECHNUNG** ab Seite 18.

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.

Seite 20 0130 318.00 Stadtrat Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter
Nachtragskredit Fr. 40'000.-- für die Erstellung eines Leitbildes

Alfred Zollinger (SVP) wünscht nähere Information.

Stadtpräs. M. Wenger verweist auf seine Ausführungen in der GPK vom 31. Mai 2000. Zitat aus dem GPK-Protokoll:

"Mit der Erstellung dieses Leitbildes wurde ein externer Beauftragter betraut. Er erarbeitete im Mai/Juni 1999 in enger Zusammenarbeit mit dem SR ein Positionspapier mit den wichtigsten Elementen zur Erstellung eines Leitbildes. Es umfasst sog. Clusters oder Themenknäuel und ist wie folgt strukturiert:

Ablauf Erstellung Leitbild:

Anschubphase, Situationsanalyse, Leitbilderstellung - Ziele
Massnahmenkatalog für die einzelnen Tätigkeitsfelder,
Umsetzung und Kontrolle

Auf Grund des Inputs des SR und der Verwaltung hat der externe Beauftragte in der Folge einen Leitbild-Entwurf mit Ziel und Massnahmen erarbeitet. Die Präsentation des Entwurfes hat im SR nicht die erwartete Begeisterung ausgelöst. Der SR ist zwar für die Erstellung eines Leitbildes; inhaltlich war ihm der Entwurf jedoch zu massnahmenbezogen. Wir haben zwischenzeitlich auch Leitbilder anderer Städte studiert und sind zum Resultat gekommen, dass wir einen Schritt zurück machen und den ganzen Rohstoff des Beauftragten unter Einbezug unserer Chefbeamten nochmals überprüfen möchten. Wir haben eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, welche das Ganze überarbeitet, bevor wir zum Produkt kommen, welches wir präsentieren wollen." Wunschtermin für die Unterbreitung des Entwurfes an den GrSR: Ende Jahr 2000.

Seite 30 *0230 Stadtarchiv (WOV-Pilotabteilung)*
Max Zimmermann (parteilos) nimmt nochmals Bezug auf WOV. Dem Parlament wurde seinerzeit gesagt, dass man sich künftig nicht mehr mit Detailzahlen herumschlagen müsse. Im grossen Rechnungsbuch umfasst das Stadtarchiv eine knappe Seite. "Mit WOV sind uns 9 Seiten zugemutet worden; das nur so nebenbei."
Stadtpräs. M. Wenger weist darauf hin, dass das Stadtarchiv als Pilotabteilung gewisse Daten erheben und Detailunterlagen beschaffen musste. Die Parallelführung der WOV-Buchhaltung und der ordentl. bisherigen FIBU sei aber den Abteilungen auf die Länge nicht zumutbar.

Seite 40 *0290 318.11 Allg. Aufwand - Ehrenwein/Apéritifs ca. Fr. 16'900.--*
 318.14 Allg. Aufwand - Milleniumsevent
 Barockfeuerwerk Fr 9'400.--
Urs Tanner (SP) hat nichts gegen diese Aufwendungen einzuwenden. Er setzt sie jedoch in die Relation zur Pos. 2300 366.00 Stipendien auf Seite 86, welche netto mit Fr. 10'349.-- in der Rechnung erscheinen.
Stadtpräs. M. Wenger verweist auf die Tatsache, dass das Stipendienwesen Sache des Kantons sei und daher der Vergleich etwas schief liege.
Raphaël Rohner (FDP) erachtet diese Positionen ebenfalls nicht für vergleichbar. "Das Stipendienwesen ist Sache des Kantons - siehe Staatsrechnung 99 des Kantons. Dort hat es eine Stipendienposition. Da werden Sie beruhigt feststellen können, dass im Kanton SH viele Stipendien ausbezahlt und Studiendarlehen gewährt werden."

Seite 78 *2195 365.01 Allg. Erziehungswesen Seniorenuniversität SH*
Max Zimmermann (parteilos) erinnert daran, dass er sich anlässlich der Beratung des Voranschlages 1999 beim Schulreferenten erkundigt habe, ob das Schulamt freie Kapazitäten habe, dass es Zeit für die Administration der Seniorenuniversität verwenden könne. Weiter habe er sich nach einer allf. Abgeltung erkundigt. SR Widmer gab damals zur Antwort, dass das Schulamt diese Mehrarbeit z.T. mit Überzeit bewältigt habe und dass der Verein Seniorenuniversität diese Leistungen nach den üblichen Ansätzen abgelden werde. Man werde dies in der Rechnung 99 nachlesen können.
Der Votant konnte weder auf der Seite 74 (Schulamt) noch auf S 78 (Allg. Erziehungswesen) eine entsprechende Ertragsposition finden.

Max Zimmermann wünscht hierzu von SR Widmer noch eine Antwort.
Stadtpräs. M. Wenger erklärt sich bereit, dafür zu sorgen, dass der
 Votant eine Stellungnahme zu seiner Frage bekommt.

Seite 88

3 Kultur und Freizeit Nettoaufwand 9,7 Mio Franken

Max Zimmermann (parteilos) stellt fest, dass der Aufwand in diesem Bereich gegenüber der Rechnung 98 um gut 500'000 Franken gestiegen ist. "Gewisse Mehraufwendungen hängen möglicherweise mit dem neuen Kulturkonzept zusammen. Hängt dies damit zusammen, dass man sagt: "Neue Besen kehren gut" oder muss man hier sagen: "Neue Besen kehren gut, aber sie sind auch teurer." Ich möchte eine Antwort auf meine Frage, ob diese Steigerung einmalig ist oder ob das so bleiben wird."

Stadtpräs. M. Wenger: "Ich kann im Moment die Antwort nicht detailliert geben, weil ich sämtliche Kostenstellen dieses Bereiches 3 durchsehen müsste. Es ist aber so, dass wir in diesem Bereich 3 die Kultur und die Freizeit zusammen gefasst haben."

Anmerkung der Redaktion: Die wesentlichsten Zunahmen im Vergleich zur Rechnung 99 verzeichnen folgende Abteilungen:

3310 Gärtnereibetrieb	+ ca Fr. 340'000.-- (Neugliederung wegen WOV)
3400 Badeanstalten	+ ca. Fr. 120'000.--
3480 Beiträge im Sportbereich	+ Fr. 100'000.--

Seite 92

3010 314.35 Museum Sicherheitseinrichtungen Fr. 100'000.--

Walter Hotz (FDP) verweist auf den Kommentar auf Seite 93, wo es heisst: "Projektierte Vorhaben wurden zurückgestellt" und auf die Rückstellungen auf Seite XIII, wo unter der Pos. 2042.33 gleichwohl ein Betrag von rund Fr. 61'400.-- abgebucht wurde. Er wünscht dazu eine Erklärung.

SR Thomas Feurer bestätigt, dass diese 61'400 Franken ausgegeben wurden. "Wir haben aber vorgängig - als wir gesehen haben, dass in verschiedenen Bereichen aufgrund der Weisungen der Feuerpolizei Handlungsbedarf besteht - eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Sturzenegger-Stiftung finanziert hat und die über 100'000 Franken gekostet hat. Diese gibt uns jetzt eine Messlatte sowohl in finanzieller als auch in zeitlicher Hinsicht, was wir in welcher Priorität vor allem im Bereich der Personensicherheit umsetzen können. Die zurückgestellten 38'600 Franken werden wir noch beanspruchen müssen."

Seite 104

*3095 365.16 Übrige Kulturförderung Hallen für Neue Kunst
 Beitrag an den Museumsführer Fr. 25'000.--*

Max Zimmermann (parteilos) möchte wissen, weshalb die Stadt einen Beitrag an diesen Museumsführer leisten muss. "Wir stellen dem Trägerverein 60'000 Franken zur Verfügung. Es ist nicht einzusehen, weshalb dieser private Verein noch zusätzlich unterstützt werden muss. Wenn da nämlich ein Gewinn erwirtschaftet wird, weiss ich nicht, ob die Stadt etwas zurück bekommt. Dieser Museumsführer ist zwar notwendig für diese moderne Kunst, denn ohne diesen weiss kein Mensch, was das bedeuten soll, was die Künstler ausgestellt haben. Das ist die "Kunst des höheren Blödsinns"; dies muss erklärt werden. Es ist wie bei der modernen Musik, wo der Dirigent zuerst eine Viertelstunde sprechen muss, damit man die Musik nachher versteht."

Aber das geht nicht, dass da einfach 25'000 Franken hinein "gebuttert" werden."

Stadtrat Th. Feurer: "Max Zimmermann, das ist ein Lieblingsthema von Ihnen und von mir. Wir haben noch andere, wo wir uns besser unterhalten können. Die Hallen für Neue Kunst erwirtschaften überhaupt keinen Gewinn; sie werden getragen von einer Stiftung. Dieser Museumsführer wurde bei einem Grossverlag in Auftrag gegeben und so gestaltet, dass er sich in die Führerlandschaft einpasst, die über solche und andere Museen auf der ganzen Welt erhältlich ist. Dieser weltweite Eintrag der Hallen für Neue Kunst in Schaffhausen ist ein kleiner Beitrag, den Standort Schaffhausen auch im Sinne der Wirtschaftsförderung bekannt zu machen.

Walter Hotz (FDP) weist auf das Konto 3095 365.20 *Einmalige Beiträge an Kulturelle Veranstaltungen* hin, auf welchem für 1999 ein Betrag von 30'000 Franken budgetiert war, ausgeschöpft wurden lediglich 1'700 Franken. Er vertritt die Ansicht, dass man diesen Beitrag an den Museumsführer diesem Konto hätte belasten können.

Stadtpräs. M. Wenger verweist jedoch auf die Notwendigkeit einer buchhalterisch korrekten Verbuchung. Das von W. Hotz zitierte Konto sei für Beiträge an Kult. Veranstaltungen vorbehalten. Ein Museumsführer sei jedoch keine solche.

Walter Hotz (FDP) akzeptiert die Argumentation des Stadtpräsidenten. Für ihn bleibt dann jedoch die Frage im Raum stehen, weshalb unter dem Konto 365.20 30'000 Franken budgetiert wurden, wenn nur 1'700 Franken benötigt wurden.

Seite 124

4510 Auflösung der offenen Drogenszene Nettoaufwand Fr. 314'000.--

Max Zimmermann (parteilos) war überrascht, dass in der GPK angesichts der Höhe dieses Aufwandes niemand reagiert habe. "Noch mehr stört mich, dass man jetzt mit einer Vorlage vor das Volk gehen will, um in dieser Richtung wieder etwas zu machen. Kein Mensch weiss, wie das weiter läuft."

Anmerkung der Redaktion: Die GPK wurde über die Auflösung der offenen Drogenszene und die anfallenden Kosten mit Brief vom 6. September 1999 und Auszügen aus dem Protokoll des SR vom 10. Aug. 99 eingehend informiert.

Stadtpräs. M. Wenger interpretiert die Aussage von Max Zimmermann nicht als eine Frage, sondern als eine Feststellung. "Ich muss Ihnen sagen, dass die Auflösung der offenen Drogenszene in der Repfergasse eine absolute Notwendigkeit gewesen ist. Sie musste auf zwei Schienen passieren - auf der Schiene der Sicherheit und auf der Schiene der sozialen und präventiven Massnahmen. Mit dem Projekt der heroingestützten Behandlung in der Stadt Schaffhausen versuchen wir, die schwerstabhängigen Leute von der Gasse weg zu bringen und sie in den normalen Lebensprozess einzugliedern. Bei dieser Aufgabe sind wir ein Stück weit auch auf die Unterstützung seitens des Kantons angewiesen. Wir haben in der Vorlage an den GrSR und an den Kanton die Motive für das Projekt erläutert, die wenigstens die 20 - 25 Schwerstabhängigen in eine Situation bringen, in der sie sich und andere Leute nicht weiter gefährden. Das ist ein Punkt, der getrennt von der Auflösung der offenen Drogenszene geklärt werden muss.

Ich übrigen muss ich Sie bitten, die Repfergasse heute anzuschauen und Sie fragen, ob es nicht auch volkswirtschaftlich ein richtiger Entscheid war. Die Repfergasse befindet sich nämlich wieder auf dem Weg nach oben. Das Projekt des Kulturvereins 26 und des Philosophen-Cafés zeigt, dass wir den AnwohnerInnen der Repfergasse und der Altstadt diesen Schritt wirklich schuldig waren. Es konnte so nicht weiter gehen.

Esther Bänziger (SP), GPK-Präsidentin: "Dazu hatte die GPK wirklich keinen Satz zu verlieren. Das war eine Führungsaufgabe und wurde durch den Stadtrat entschieden und durchgezogen."

Stadtrat Th. Feurer: "Ich kann an das Votum von Esther Bänziger anknüpfen. Die GPK wurde kurz nach der Räumung der Drogenszene informiert. Es konnte nicht vorher geschehen, weil für die ganze Aktion eine gewisse Diskretion angezeigt war, um einen strategischen Vorteil zu erhalten. Anlässlich der Diskussionen über die Drogenabgabe, die man nicht einfach so kausal mit dieser Räumung verbinden kann, weil wir das Drogenproblem länger haben als das Problem in der Repfergasse und es noch länger haben werden, hat sich der Stadtrat immer zu diesen vier Säulen des Bundes bekannt. Das wird inzwischen nicht nur in Schaffhausen eingesehen, dass wir keine andere Möglichkeit haben, um mit diesem Problem umgehen zu können - ich sage mit Absicht nicht, um dieses Problem lösen zu können. Ich wäre froh, wenn die Diskussion dann, wenn die Vorlage in den GrSR kommt, sachlich geführt werden kann. Ich werde oft mit der Meinung konfrontiert, dass ich und der Stadtrat grosse Lust gehabt hätten, diese Sache mit der heroingestützten Behandlung zu machen. Wir haben im Interesse der Gesamtbevölkerung - dazu gehören auch diese Betroffenen, nicht nur die FixerInnen, sondern auch die Leute, die in der Umgebung dieser FixerInnen wohnen, eine ausgewogene Lösung zu finden, wofür wir eine Gesamtsicht dieser Problematik brauchen. Ich bitte Sie, uns diese Gesamtsicht zuzugestehen, und diese sich selbst zu eigen zu machen."

Max Zimmermann (parteilos): "Mir geht es nicht darum, hier eine Drogen-Debatte zu entfachen. Mich interessiert, ob dieser Betrag im Kompetenzbereich des Stadtrates lag oder ob mindestens die GPK darüber informiert worden ist, dass ein derart hoher Betrag notwendig wird. Hier hätte ich mindestens einen Satz dazu erwartet."

Stadtrat Th. Feurer: "Für uns war das eine gebundene Ausgabe; dies wurde auch vom Rechtsdienst so bestätigt. Wir mussten davon ausgehen, dass die Situation an der Repfergasse noch mehr eskaliert und zu einer "Katastrophe" führt. Daher mussten wir reagieren. Wie bereits erwähnt, wurde die GPK mit den notwendigen Informationen bedient."

Roland Schöttle (FDP): "Es ist nicht angesagt, Besserwisser zu spielen. Aber es ist hier vielleicht angesagt, ganz nüchtern festzustellen, dass damals, als diese Vorlage durchgezogen wurde, in unserem Rat Leute waren, die gesagt haben, das kann nicht funktionieren, die Einrichtung des Fixerraumes an der Repfergasse zieht Drogenabhängige an. Wir mussten schlussendlich feststellen, dass dies zu dieser Räumung und zu einem Rückzieher geführt hat."

Der Versuch von damals ist in diesem Sinn absolut gescheitert und das Resultat der seinerzeit hochgelobten schweizerische Volksabstimmung, wo ein Drogenraum durch das Volk genehmigt wurde, hat sich als Fiasko erwiesen. Das muss irgendwann doch mal gesagt werden. Es hat uns nebst allen indirekten Kosten offenbar noch sehr viel Geld direkt gekostet."

Peter Möller (GB): "Roland Schöttle, das stimmt natürlich so nicht. Es stimmt, dass Leute gesagt haben, wenn wir den TASCH in der Repfergasse installieren, dann gäbe das einen Anziehungspunkt und wir hätten eine unkontrollierbare Situation in der Drogenszene. Es stimmt, dass die Drogenszene stark zugenommen hat. Nur ist es nicht so, dass die Drogenszene in der Repfergasse wegen des TASCH zugenommen hat. Das ist der grosse Unterschied. Nicht der TASCH hat angezogen, sondern die Verfügbarkeit des Stoffes ausserhalb des TASCH. Das hat die Leute angezogen und deshalb ist die Situation eskaliert. Das hat mit dem TASCH selber und dem Standort dort nichts zu tun. Dass man jetzt, wenn man dort die Drogenszene auflöst, den TASCH verlegt, um eine andere Kultur zu schaffen - damit bin ich heute nun langsam einverstanden."

Iren Eichenberger (OeBS): "Ich möchte die Ausführungen von Peter Möller noch etwas verdeutlichen. Ein Grund war die Letten-Schliessung, die unmittelbar vorher erfolgte, und die all jene SchaffhauserInnen, die sich dort aufhielten, zurück führte. Der andere Grund war ein massiver Preiserfall bei den Drogen allgemein. Dies führte ebenfalls zu einer Erhöhung des Konsums. Im übrigen ist es völlig verfehlt, von einem Fiasko zu sprechen. Wir hatten in dieser Zeit keine neuen Aids-Ansteckungen aus dieser Gruppe. Man hat auch festgestellt, dass der allgemeine Gesundheitszustand der Drogenabhängigen verbessert wurde. Der Versuch der Wiederansiedlung am neuen Ort ist durchaus sinnvoll. Die Besuchszahlen steigen nach dem zwischenzeitlichen Rückgang wieder."

Stadtrat Th. Feurer: "Ich muss zugeben, dass die Erwartungen an den Standort Repfergasse in Bezug auf die Beruhigung der Szene, welche damals mindestens mitgeschwungen haben, nicht erfüllt wurden. Man musste die entsprechenden Erfahrungen sammeln. Ein Grund, weshalb der Standort Repfergasse nicht funktioniert hat, ist der, dass die Säule Repression zu wenig zum Tragen kam. Die Sogwirkung des TASCH hat meiner Ansicht nach durchaus dazu geführt - da befinde ich mich z.T. im Widerspruch zu den Betreibern des TASCH -, dass massenhaft Leute, welche in Zürich und Winterthur nicht mehr geduldet wurden, in Schaffhausen einen neuen Platz suchten, den "Supermarkt" entdeckten. Dies ist innert kürzester Zeit explodiert und wir hatten auf der Repressionsseite keine Konzepte, welche wir schnell umsetzen konnten. Dies hat zu diesem Krisenszenario geführt. Frau Eichenberger hat die Errungenschaften, nämlich die Nichtwiederansteckung, welche seit 4 Jahren nachgewiesen sind, erwähnt. Rechnen Sie aus, was 3 oder 4 Neuansteckungen mit Aids gekostet hätten. Wir haben eine gewisse Kontrolle über die Szene, und ohne irgendwie schön zu färben können wir heute sagen, dass wir die Szene in Schaffhausen einigermaßen stadtverträglich gemacht haben."

V. Heller ist gerne bereit, Max Zimmermann einen Auszug über die Abrechnung zur Ansicht zu schicken. "Aber etwas dürfen Sie nicht vergessen: Unsere Rechnung muss vom Kanton genehmigt werden. Der Kanton ist mit der bisherigen Darstellung der Rechnung immer einverstanden gewesen. Das Parlament war es - 1991 oder 1992 - ebenfalls. Und wenn man so viel Zeit hat wie Max Zimmermann, so gelingt es offenbar ganz problemlos, das heraus zu finden, weil wir "anno dazumal" offen gelegt haben, wie wir abrechnen." SR Heller weist schliesslich noch darauf hin, dass die öffentliche Hand verpflichtet ist, 50% des Defizites der VBSH zu tragen.

Seite 180 *6510 Nahverkehr*

Josef Eugster (SVP) nimmt bezug auf die Positionen 301.00 Löhne Betriebspersonal Tiefbau, 314.00 Unterhalt Haltestellen und 314.30 Unterhalt Wartehallen. "Hier geht es um Aufwendungen für die städt. Verkehrsbetriebe. Ich bin der Meinung, dass diese Positionen in die Rechnung der städt. Verkehrsbetriebe gehören."

Stadträtin V. Heller: "Ich stelle zum wiederholten Mal fest, dass wir nicht gleicher Meinung sind."

Seite 182 *6510 365.91 Nahverkehr Busbetrieb Altersheim Steig
Defizitdeckung Fr. 28'700.--*

Theres Brambrink (FDP) erkundigt sich, weshalb das Budget um rund 5'000 Franken überschritten wurde und ob die Subventionierung eines Taxis für die Stadt nicht günstiger wäre.

Stadträtin V. Heller: Es existiert ein Vertrag zwischen dem Altersheim Steig und der VBSH. Dieser Vertrag wird von Zeit zu Zeit überprüft. Der Busbetrieb für die Leute im Altersheim Steig ist mittlerweile relativ eingeschränkt. Ob es mit dem Taxi günstiger käme, ist ein Frage, die geprüft werden müsste. Ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie bei den Steuererlassgesuchen erstaunt wären, bei welchen Einnahmen wir Erlassgesuche gutheissen müssen, weil die Voraussetzungen für Leute, die in einem Altersheim wohnen, erfüllt sind. Das betrifft die Altersheime generell. Die höhere Abgabe an die VBSH basiert auf einer vertraglichen Abmachung."

Seite 196 *7899 318.50 Stadtökologie Aufträge an Dritte*

Altlastenuntersuchung Kindergarten Kessel Fr. 30'000.--

Max Zimmermann (parteilos) versteht nicht, weshalb hier eine Untersuchung anberaumt werden musste. "Die Stadt Schaffhausen hat auf diesem Areal damals das Sperrgut deponiert. Das war nicht mit Chemie verseucht wie heute, wo kein Mensch weiss, was drin ist. Es ist mir nicht klar, weshalb man - ohne die älteren Leute zu fragen - einen Auftrag gibt über 30'000 Franken, um dies zu untersuchen. Nebenan sind Hochhäuser und grössere MFH gebaut worden, welche auf dem schlimmeren und späteren Dreck stehen als dort, wo der Kindergarten steht."

Esther Bänziger (SP) weist darauf hin, dass diese Position in der GPK auch hinterfragt worden sei. "Das Resultat dieser Studie lautet: Das Areal des Kindergartens Kessel ist nicht sanierungsbedürftig, aber überwachungsbedürftig."

An dieser Stelle unterbricht die Ratspräsidentin die Sitzung für 10 Minuten (von 20.00 - 20.10 Uhr).

Seite 218 9400 Zinsen

Leonhard Ott (OeBS): "Es wurde bereits von der Verschuldung gesprochen. Es gibt zweierlei Berge in der Schweiz. Die einen liebe ich sehr, da gehe ich hinauf - die anderen sind die Schuldenberge. Es gibt Schulden in der Wirtschaft und es gibt Schulden in der Öffentlichkeit. Dazu möchte ich generell sagen. In der Wirtschaft kann man mit den Schulden wirtschaften, man kann damit sogar etwas Geld verdienen. Aber der Staat oder die Öffentliche Hand kann das nicht. Schulden entstehen durch fehlende Einnahmen bei den Steuern. Ich möchte das hier nochmals zur Erinnerung bringen. Zinsen, die wir bezahlen müssen, sind verlorene Gelder. Es geht nicht, dass wir Steuern senken oder über Steuersenkungen sprechen, solange wir Schulden in der bestehenden Höhe haben."

V. INVESTITIONSRECHNUNG ab Seite 229

Seite 252 780 503.10 Öffentliche Toiletten Einbau eines Behinderten-WC's
in der Munotanlage Nachtrags-Kredit Fr. 20'000.--

Max Zimmermann (parteilos) verweist auf das Budget 99, wo es im Kommentar (S 231) heisst: *Gesamtsanierung inkl. Einbau eines Behinderten-WC's Fr. 80'000.--*. "Weshalb dieser Nachtragskredit?"

Stadtpräs. M. Wenger begründet dies damit, dass man diese Position im Rohbudget gekürzt habe. In Kenntnis der Offerte hat man dann feststellen müssen, dass der Budgetbetrag nicht ausreicht.

Seite 256/258 942 703.50 703.51 und 703.52 Kammgarnareal Trakt Baumgartenstr.
1, 2. und 3. Etappe

Max Zimmermann (parteilos) stellt fest, dass man in diesen drei Positionen insgesamt 1,8 Mio Franken an so genannt "gebundenen Ausgaben" am Volk vorbei "geschmuggelt" habe. "Ich möchte wissen: Ist jetzt alles bezahlt und budgetiert oder kommen noch mehr solche gebundene Ausgaben für ein Projekt, zu welchem das Volk seinerzeit Nein gesagt hat, obwohl der damalige Stadtpräsident Max Hess 1,2 Mio Franken Sanierungsaufwand aus der Vorlage genommen hat, und das man trotzdem jetzt sukzessive scheinbar durchgezogen hat? Geht es jetzt nur noch an der Klosterstrasse weiter?"

Stadtrat Th. Feurer bestätigt Max Zimmermann, dass dieser sich jedes Mal bei den Budgetberatungen im Rat zu diesen Positionen geäußert habe. "Wir gehen davon aus, dass diese Sanierung jetzt abgeschlossen sein sollte. Es ist aber ein riesiger Gebäudekomplex. Man muss sich vergewissern, was heute alles dort drin ist. Man müsste sich auch vorstellen, was das gekostet hätte, wenn man das alles neu hätte aufbauen müssen. Es ist unbestritten - auch von Ihrer Seite; Sie haben immerhin den Betreibern der Kammgarn ermöglicht, dass sie keine Miete mehr bezahlen müssen - dass nach langer Zeit, wo die Kammgarn eher ein negatives Image hatte, die Leute wissen, dass die Kammgarn ein wichtiges Zentrum ist."

Wir können über diese Positionen jedes Mal streiten. Aber eigentlich wäre die Budgetdebatte der richtige Zeitpunkt. Jetzt haben wir nur nachvollzogen, was mit dem Budget bewilligt wurde."

Roland Schöttle (FDP) vermisst im Budget 99 entsprechende Beträge bei den erwähnten drei Positionen.

Peter Möller (GB) bestätigt R. Schöttle, dass im Budget 99 nichts enthalten sei. Er verweist ihn jedoch auf die Verpflichtungskredit-Kontrolle Seite 268, wo diese 3 x 600'000 Franken aufgeführt sind und wo ersichtlich ist, wann sie via Budget bewilligt worden sind, welche Beträge bis Ende 1998 bzw. 1999 beansprucht wurden und welche Restkredite noch verfügbar sind.

Stadtrat Th. Feurer fügt ergänzend bei, dass die bis Ende 1999 beanspruchten Kredite auch aus den Kommentaren auf den Seiten 257 und 259 ersichtlich sind.

VI. VERPFLICHTUNGSKREDIT-KONTROLLE ab Seite 262

Keine Wortmeldungen

Die Ratspräsidentin fragt das Plenum an, ob es damit einverstanden ist, dass in der Folge nurmehr die Kapitel und nicht mehr die Seitenzahlen verlesen werden. Der Rat stimmt diesem Vorgehen stillschweigend zu.

VII. SPEZIALFINANZIERUNGEN ab Seite 272

Keine Wortmeldungen

VIII. STIFTUNGEN UND LEGATE ab Seite 296

Keine Wortmeldungen

IX. SPEZIALVERWALTUNGEN ab Seite 318

Keine Wortmeldungen

X. STIFTUNG IMPULS ab Seite 336

Keine Wortmeldungen

XI. SONDERSCHULEN ab Seite 344

Keine Wortmeldungen

XII. BETRIEBE ab Seite 352 - 388

Keine Wortmeldungen

Zu den Seiten römisch I - XXVI wird das Wort ebenfalls nicht verlangt; ebenso wenig zu den Seiten arabisch 1 - 17.

ANTRAG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest den Antrag auf Seite XXVI der Rechnung:

Die vorliegende Jahresrechnung 1999 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des SR auf Seite XXVI der gedruckten **Rechnung 1999** mit **39 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung** gut.

Die Ratspräsidentin stellt nun den **Geschäftsbericht 1999** des Stadtrates zur Diskussion.

Esther Bänziger (SP) zur Seite 29
**Besoldungsstruktur 1999 aller MitarbeiterInnen
der allgemeinen Verwaltung sowie der Heime**

Die Votantin rügt ein weiteres Mal die Einstufung (Verhältnis Männer/Frauen in den oberen Besoldungsklassen). "Das Verhältnis stimmt noch längstens nicht. Die Frauen sind unterbewertet und die Männer sind überbewertet - um es plakativ zu sagen."

Alfons Cadario (EVP) zu den Seiten 146/147
WG Geissberg und WG Löhningen:

Der Votant stellt fest, dass hier die Zahlen von 1998 bzw. von 1997 aufgeführt wurden statt jene von 1999. Er gibt im weiteren zu bedenken, ob man den Geschäftsbericht nicht auf einem preisgünstigeren Papier drucken könnte.

Stadtrat Thomas Feurer bedauert die Panne mit den Zahlen in den beiden WG.

"Die WG Geissberg ist nach wie vor sehr gut belegt. Bei der WG Löhningen ist es so, dass wir im August 99 einen Aufnahmestopp für auswärtige Jugendliche verfügen mussten. Wir sind im Moment daran, zusammen mit dem Kanton ein Konzept für die gesamten Jugend-Institutionen aufzugleisen. Das Konzept liegt im Rohentwurf vor. Die WG Löhningen ist seit Jahren ein defizitärer Betrieb. Wir haben dort meistens mehr als die Hälfte der Plätze mit nicht in der Stadt gemeldeten Jugendlichen belegt. Wir haben daher dem Leiterehepaar das Angebot gemacht, dass es diese WG allenfalls auf privater Basis wie vor 1994 wieder übernehmen könnte. Wir warten auf das Konzept und werden zu gegebener Zeit dem Rat Bericht und Antrag stellen."

Peter Möller (GB) wünscht die korrigierten Zahlen der Seiten 146/147.

Weitere Wortmeldungen zum Geschäftsbericht erfolgen nicht.

Das Geschäft ist somit erledigt.

An dieser Stelle beendet die Ratspräsidentin die Beratung der heutigen Traktandenliste.

Mitteilungen:

- Wechsel in der SPK "Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer "Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle": Anstelle von Therese Brambrink (FDP) nimmt Edgar Mittler (FDP) Einsitz in dieser Kommission.
- Die Ratssitzung vom Dienstag, 4. Juli 2000 entfällt.

Die Ratspräsidentin wünscht allen schöne Ferien und gute Erholung. Darauf hin schliesst sie die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung; Dienstag, 15. August 2000 (eingeschobener Termin)